

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2018
Nr. 199, 47. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Verpasste Chance



In der diesjährigen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie kam es am 6. Februar zu einem Pilotabschluss in Baden-Württemberg, der inzwischen in allen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie übernommen worden ist.

Die Eckpunkte des Abschlusses sind im Wesentlichen:

- 4,3 Prozent mehr Entgelt ab dem 01.04.2018,
- 100 Euro für die Monate Januar bis März 2018,
- ein tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts sowie ein Festbetrag von 400 Euro ab 2019.
- Anspruch auf befristete Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für bis zu 24 Monate.
- Zusätzliche freie Tage für Kindererziehung und Pflege sowie Entlastung bei Schichtarbeit.

Der ausgehandelte Tarifvertrag ist sehr komplex und deshalb teilweise sehr schwer zu bewerten. Der Grund dafür liegt in den vielen Einmalzahlungen, die bis auf die Abschlagszahlung von 100,- € für die Monate

Januar bis März, in die Entgelttabellen eingehen. Da der Tarifvertrag eine Laufzeit von 27 Monaten hat, ist die tatsächliche Tarifierhöhung nicht 4,3 Prozent, sondern sie liegt

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie	1
Schwierige Regierungsbildung	5
Zur Regierungsbildung im Bund	8
Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung	10
SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja	13
Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!	15
Zur Lage der Gruppe	16
Macrons Großmachtplan	17
Tschechische Linke: Was nun?	20
Sozialismus der Steppe	21
Zu den Wahlen in Chile	26

In eigener Sache

Mit dem Abstimmungsergebnis der SPD-Befragung sind die Würfel zur Bildung einer „Großen“ Koalition gefallen. Die SPD begibt sich nun erneut als Juniorpartner unter dieses Joch. Wenn die erhoffte Erneuerung der Partei nicht genügend zustande kommt, wird sie weiter schrumpfen. Die 33% für das Ablehnungsvotum der Juso-Aktivistinnen und Parteilinken zeigen den Graben, der durch die Partei geht. Wir beschäftigen uns in mehreren Artikeln mit dieser Thematik, die erst kurz vor Redaktionsschluss entschieden wurde.

Mit einem Nachdruck aus der „Arbeiterpolitik“ (Nr. 5 Dezember 2017) schauen wir nochmals zurück auf das für die beiden „Volksparteien“ desastrierte Wahlergebnis und auf die daraus entstandenen Schwierigkeiten für die Bildung einer Koalitionsregierung. Besonderer Wert wird in diesem Artikel auf die Kenntlichmachung der zwiespältigen Rolle der Sozialdemokratie in der kapitalistischen Gesellschaft gelegt; aber auch die Rolle der Parteien im Rahmen der parlamentarischen Demokratie wird bei diesem Artikel beleuchtet. In einem Auszug aus einem, ebenfalls aus der Feder eines Arpo-Genossen stammenden Artikelentwurf, wird auf die Regierungsbildung in Berlin eingegangen. Dieser Beitrag hat auch die Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft im Fokus.

Mit einer grundsätzlichen Analyse der bürgerlichen Demokratie befasst sich ein Artikel von Ekkehard Liebermann, der ganz im leninschen Sinn davon ausgeht, dass die „demokratische Republik“ die denkbar beste Hülle

des Kapitalismus ist. (Der Artikel ist ein Nachdruck aus der UZ.)

Das Ergebnis des Arbeitskampfes der IG Metall um einen neuen Tarifvertrag wird innerhalb der Linken unterschiedlich beurteilt. Das liegt an einer ganzen Anzahl von Faktoren, die bei einer Einschätzung berücksichtigt werden müssen. Ein profunder Kenner hat sich dieses Tarifschlusses angenommen und dazu einen Artikel verfasst.

In einer kurzen Betrachtung befassen wir uns, aus aktuellem Anlass, mit der viel gepriesenen „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit. Was davon zu halten ist zeigt sich jetzt mit den verordneten Massenentlassungen wie bei Siemens, General Electrics und Thyssen-Krupp!

Das verstärkte Wettrüsten und die Kriege gehen weiter, die Gefahr einer weltweiten Kriegskatastrophe steigt. Die USA wollen dieses Jahr für Rüstung 716 Milliarden Dollar ausgeben, Russland ca. 70 Milliarden. (Präsident Trump: „Wir müssen wieder anfangen, Kriege zu gewinnen.“) In dieser Situation hat die deutsche Koalitionsregierung (!) in Verein mit Frankreich (Macron) und den übrigen EU-Ländern Vorbereitungen getroffen, neben der NATO eine EU-Truppe zu installieren, die hauptsächlich als schnelle Eingreiftruppe dienen soll. Wir drucken dazu einen Artikel, der diese Militarisierung in den weltpolitischen Zusammenhang bringt, aus der Zeitschrift *Theorie und Praxis* ab.

In die bürgerlichen Medien werden zum Zwecke der Stimmungsmache gegen Linke Falschmeldungen und einseitige Berichte gebracht.

Dagegen wird die sogenannte Sicherheitskonferenz als Friedensmeeting dargestellt. Den wirklichen Charakter dieser Veranstaltung stellt ein Genosse aus Bremen in einem ausführlichen Artikel dar.

Im Zuge unserer Serie zur Aufarbeitung der Russischen Revolution geht ein Artikel auf „Die Entstehung der mongolischen Volksrepublik“ ein. Eine Analyse der Wahlen in Chile und sowie ein kurzer Bericht zum Wahlsieger in der Tschechischen Republik runden diese Frühjahrsnummer ab.

Wir hatten in der „Eigenen Sache“ der Winternummer 2017 verschiedene Artikel angekündigt, die dann doch nicht erschienen sind. Es handelt sich um die Referate der Jahreskonferenz zur Türkei und zur „Lage der Gruppe“; auch der angekündigte Artikel zu Siemens ist nicht erschienen. Die beiden letzteren befinden sich nun in dieser Nummer. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, uns diese Fehler nachzusehen – vor den Weihnachtstagen geht es halt auch bei uns besonders hektisch zu.

Wir danken für die Abo-Zahlungen und die Spenden, die wir gerade im Zeichen der Postvertierungen gut gebrauchen können. Wie jedes Jahr im März legen wir wieder Überweisungsformulare bei.

Wir weisen jetzt schon auf den Termin unseres Wochenend-Seminars am 5. und 6. Mai in München hin. Geplante Themen sind: Innenpolitik; Linke Sammlungsbewegung; Außenpolitik

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Thomas Gradl, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Verleger, Zuspriecher:
Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC: PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

deutlich niedriger. Die tatsächliche prozentuale Erhöhung muss berechnet werden. Das geschieht mit der sogenannten Westrick-Formel. Diese wurde von dem Staatssekretär Westrick Anfang der 60er Jahre für Tarifverträge, mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten, entwickelt. Mit dieser Formel berechnet, kommen

schlecht aus. Und man kann auch davon ausgehen, dass dieses Ergebnis von der Mitgliedschaft akzeptiert wird. Konkret hat eine KollegIn in der Ecklohngruppe 5 durch das tarifliche Zusatzgeld und die Lohnerhöhung ein jährliches Plus von ca. 1300 Euro. Im Jahr 2019 gibt es den Festbetrag von 400 Euro obendrauf.

IG Metall bekannt, tönte es von Gesamtmetall, nur kostenneutrale und flexible Arbeitszeitregelungen wären möglich. Flächendeckende und unkompenzierte Arbeitszeitverkürzung passe nicht in die Zeit. Abwanderungen wegen des bereits verbreiteten Fachkräftemangels wären die Folge. Wieder einmal stand der Untergang



verschiedene politische Akteure bei der Bewertung des Tarifabschlusses auf eine tatsächliche Tarifierhöhung zwischen 1,9 und 2,8 Prozent. Bei diesen Berechnungen wurde aber übersehen, dass das tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG) in Höhe von 27,5 Prozent des Monatsentgelts und der Festbetrag von 400,- € ab 2019 ebenfalls tarifliche Leistungen sind und damit tarifynamisch wirken. Der genaue rechnerische Vergleich der einzelnen Entgeltmonate und Entgeltbestandteile der Jahre 2017, 2018 und 2019 ergibt die tatsächlichen Erhöhungsbeträge. Diese liegen dann für das Jahr 2018 bei knapp 4 Prozent und für das Jahr 2019 bei ungefähr 3,5 Prozent. Anzumerken sei noch, dass der tarifliche Festbetrag von 400 Euro die erste Sockelerhöhung in der Metall- und Elektroindustrie seit vielen Jahren ist, was zur Folge hat, dass dies in die Zukunft wirkt und die unteren Entgeltgruppen, wenn auch geringfügig, stärker angehoben werden. Das sieht erst einmal nicht

Angesichts der konjunkturellen Lage der Metall- und Elektroindustrie ist das Entgeltergebnis allerdings nicht so glänzend wie es seitens der IG Metall dargestellt wird. Die Gewerkschaft hatte einmal zur Erstellung einer Lohnforderung die Formel: Inflationsausgleich plus Produktivitätssteigerung plus Umverteilungsfaktor. Die Inflation liegt zurzeit bei rund zwei Prozent und die Produktivitätssteigerung 2017 bei 3,2 Prozent. Das reale Ergebnis der Tarifrunde liegt also deutlich unter diesen zwei Faktoren. Von einer Umverteilung von Teilen der Profite hin zu den abhängig Beschäftigten kann schon gar nicht die Rede sein. Damit reiht sich das Tarifiergebnis ein in die Ergebnisketten der zurückliegenden Jahre. Die Ergebnisse lagen da oft nur gerade über dem Inflationsausgleich.

Die „Zugeständnisse“ in der Entgeltfrage waren ein kluger Schachzug der Unternehmer. Damit bremsten sie die IG Metall in der Arbeitszeitfrage aus. Kaum war die Forderung der

des Abendlandes vor der Tür. Die Argumentation von Gesamtmetall glich der, der Jahre 1984 und 2003, als die IG Metall die 35-Stunden-Woche für die Metall- und Elektroindustrie (2003 in Ostdeutschland) anging. Gesamtmetall zeigte sich in der Arbeitszeitfrage auch ähnlich unnachgiebig wie 1984 in Baden-Württemberg und 2003 in Sachsen. Und es gab bei den Unternehmern auch offensichtlich die Bereitschaft, diese Frage zur Bruchstelle bei den Verhandlungen zu machen. Aber im Gegensatz zu den damaligen Forderungen, hatte die Forderung der aktuellen Tarifrunde keinen rein kollektiven Charakter. Bei der Forderung zur Arbeitszeit handelte es sich um individuelle Ansprüche für eine Minderheit der Beschäftigten. Für den kollektiven Teil, also der Entgeltforderung machte Gesamtmetall ein relativ gutes Angebot, das von der IG Metall akzeptiert werden musste. Damit aber waren die Forderungen zur Arbeitszeit nicht mehr streikfähig. Ein längerer,

harter Streik, wie der von 1984 kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sich die überwiegende Mehrheit der Streikenden mit der Forderung identifiziert und sich einen Nutzen von ihr verspricht. Mit der Solidarität alleine kann keine wochenlange Auseinandersetzung geführt werden. Eigentlich eine Binsenweisheit. Und die IG Metall hat in der Vergangenheit auch immer eine solche Forderungsstruktur entwickelt, wenn es um tarifliche Verbesserungen von Teilen der Mitgliedschaft ging. Das heißt, die Forderung spaltete sich auf in einen kollektiven Teil, der alle Beschäftigten betrifft und einen strukturellen Teil der nur für Teile einer Belegschaft wirkt (z.B. Auszubildende).

Und so sieht das Ergebnis, die Arbeitszeit betreffend, dann auch aus. Der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann sieht in dem Abschluss „eine Umkehr bei der Arbeitszeit“. Viel zu lange wäre die Flexibilität ein Privileg der Arbeitgeber gewesen. Jetzt hätten die Beschäftigten erstmals verbindliche Ansprüche, sich für kürzere Arbeitszeiten zu entscheiden. Anzumerken ist, dass die „Entscheidung“ für kürzere Arbeitszeiten mit entsprechenden Lohnneinbußen verbunden ist, denn einen Lohnausgleich gibt es nicht. Das ist tatsächlich eine Umkehr bei der Arbeitszeit, denn in der Vergangenheit war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung immer mit dem Lohnausgleich verbunden. Entsprechend ist die Reaktion der Unternehmer. Überschwänglich lobt der Verhandlungsführer der Unternehmer im Südwesten, Stefan Wolf: „Wir haben sehr viel bekommen, nämlich sehr viel Öffnung bei den Arbeitszeiten nach oben“. Hier hält die IG Metall entgegen, dass auch weiterhin die Quote von maximal 18 Prozent der Belegschaft, mit denen Arbeitszeitverträge von 40 Stunden vereinbart werden können, erhalten bleibt. Will der Unternehmer diese Quote überschreiten, kann der Betriebsrat dieser Überschreitung wirksam widersprechen. Allerdings kann das erst geschehen, wenn die Quote um vier Prozent überschritten ist. Widersprüche durch Betriebsräte wird es geben und zwar dort, wo es konsequente Betriebsräte gibt. Aber was geschieht in den Betrieben, wo sich Betriebsräte als „Co-Manager“ verstehen? Selbst Jörg Hofmann stellt in einem Inter-

view mit der Süddeutschen Zeitung fest, „real arbeitet ein großer Teil der Belegschaft, selbst in tarifgebundenen Unternehmen deutlich länger [als 35 Stunden/Woche]“. Das kommt zustande weil nicht wenige Betriebsräte großzügig Überstunden gewähren und Verstöße gegen Arbeitszeitgesetze und Tarifverträge stillschweigend dulden. Und da sollen sie ausgerechnet jetzt dieses neue Instrument zur Verhinderung längerer Arbeitszeiten nutzen?

Nein, dieser Tarifabschluss wird weiter mit dazu beitragen die 35-Stunden-Woche zu unterhöhlen. Dabei ist die Zeit überreif grundsätzlich die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich in Angriff zu nehmen. Das hat nicht zuletzt die Beschäftigtenumfrage der IG Metall des vergangenen Jahres gezeigt. Daran haben 680 000 Beschäftigte teilgenommen. Eine große Mehrheit von 67,9 Prozent wünschte sich eine kürzere Arbeitszeit und 82,3 Prozent würden die Arbeitszeit zeitweise absenken um beispielsweise Angehörige zu pflegen oder Kinder zu betreuen, wobei sie dafür einen finanziellen Ausgleich erwarteten. Dieser letztere Teil der Umfrage floss in die Forderung dieser Tarifrunde ein, mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis.

Wenn sich eine Mehrheit von fast 68 Prozent der Befragten eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit wünscht, kann das auf die Mitgliedschaft hochgerechnet werden. Die Voraussetzung für die Durchsetzung einer solchen kollektiven Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung wäre damit besser gewesen, als das 1984 der Fall war. Damals wurde die Forderung für die 35-Stunden-Woche erst während des Arbeitskampfes richtig in der Mitgliedschaft verankert.

Dass in diesem Jahr viel Druck in den „Belegschafts-Kesseln“ war, hat sich auch bei der Mobilisierung der MetallerInnen gezeigt. Rund 1,5 Millionen Beschäftigte nahmen an den kurzzeitigen Warnstreikaktionen und den ganztägigen Warnstreiks teil. Alle Warnstreikkundgebungen waren gut besucht und die Stimmung zeigte eine große Kampfbereitschaft. Die Ankündigung ganztätiger Warnstreiks, die in der Streiktaktik der IG Metall neu waren, wurde mit tosendem Beifall beantwortet. Die Voraus-

setzungen für einen Erzwingungsstreik waren gegeben. Begonnen bei der boomenden Konjunktur, bis zur Stimmung und Mobilisierung der Mitgliedschaft – wenn die Forderung neben dem Entgelt die generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich beinhaltet hätte. So gesehen handelt es sich bei dieser Tarifrunde um eine verpasste Chance. Ein Erzwingungsstreik hätte eine große gesellschaftliche Bedeutung gehabt. So hätte die vorhandene gesellschaftliche Lähmung und Rechtsentwicklung nachhaltig beeinflusst werden können. Eine Auseinandersetzung, von der hunderttausende abhängig Beschäftigte betroffen gewesen wären, hätte manche krude Auffassung in deren Köpfen über die vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse zurechtgerückt. Sie hätte den Gegensatz der Interessen von abhängig Beschäftigten und Kapitalisten – kurz den Klassengegensatz – sichtbar gemacht. Doch es kam nicht so. Wie schon gesagt – eine verpasste Chance.

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Schwierige Regierungsbildung nach dem Wahldebakel der Volksparteien



Das Bild von der Bundesrepublik als Hort der Stabilität in einem immer unsicherer werdenden internationalen und europäischen Umfeld gehört nach dem Ergebnis der Bundestagswahl der Vergangenheit an. Parallelen zu politischen Zuständen, wie wir sie aus Griechenland, Italien, Frankreich oder auch Österreich kennen, drängen sich auf. Das Wahlergebnis zeigt die Erosion der Volksparteien, die weiter zunehmen wird. Die Sozialdemokratie traf diese Erosion bisher weitaus härter als ihre konservativen Konkurrenten.

Der Sozialdemokratie und den DGB-Gewerkschaften ist eines ihrer zentralen politischen Ziele abhanden gekommen. Ein gezähmter, zum Sozialstaat ausgebauter Kapitalismus, sollte zur sozialdemokratischen Alternative gegenüber dem sozialistischen Lager werden. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz entfiel dessen Grundlage. Ein nach außen immer

aggressiver auftretender Kapitalismus entledigte sich zunehmend auch der sozialen Zugeständnisse, die er der Arbeiterklasse zu Zeiten der Blockkonfrontation machen musste. Der Sozialstaat, wie wir ihn auch aus der BRD kannten, wurde zum Relikt aus sozialistischen Zeiten. Öffentliche Aufgaben und Betriebe wurden privatisiert, die Daseinsvorsorge zurückgefahren und den Mechanismen des Marktes unterworfen. Der Sozialdemokratie, die wie alle parlamentarischen Parteien der alten BRD die Niederlage des sozialistischen Lagers feierte, blieb nichts weiter, als sich den neuen Realitäten anzupassen.

Die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder leitete mit der Agenda 2010 den entscheidenden Umbau des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme ein. Nach der langen Ära Kohl verfügte die Union nicht mehr über die nötige Kraft, um derart tiefe soziale Einschnitte zur Sicherung und zum Ausbau der Konkurrenzfäh-

igkeit des deutschen Kapitals voranzutreiben. Die SPD zahlte einen hohen Preis für die Bewältigung dieser Aufgabe. Sie verlor ihren Ruf, sozialer Anwalt des kleinen Mannes zu sein.

Seither haben sich die sozialen Gräben in der Gesellschaft zunehmend vertieft, während die beiden Volksparteien programmatisch und politisch enger zusammenrückten. Es gelang ihnen immer weniger, die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und materiellen Interessen ihrer Anhänger und Wähler zu bündeln und auch zu befriedigen. Das zeigte sich in einer schon seit den 80er Jahren abnehmenden Wahlbeteiligung und nun im keineswegs überraschenden Ausgang der Bundestagswahl, bei wieder gestiegener Wahlbeteiligung. Den erneuten, zweistelligen Einzugs der FDP hatte vor zwei Jahren kaum jemand erwartet. Im Parlament sitzen, wie zu Zeiten der Weimarer Republik, erneut zwei liberale Parteien, Grüne und FDP. Der Wahlerfolg

der AfD war allerdings seit längerem absehbar. Die extreme Rechte befindet sich in einer Aufbruchstimmung. Die hatte sich auf der Straße (Pegida) als auch bei verschiedenen Landtagswahlen niedergeschlagen. Die AfD bildete ein Sammelbecken, mit deren Wahl fast 13% der Wähler*innen ihren seit langem angestauten Unmut zum Ausdruck brachten. Zum ersten Mal seit 1957 gelang einer rechtsnationalen Konkurrenz zur Union der Einzug in den Bundestag.

Die veränderte Parteienlandschaft und der Druck, der auf den geschwächten Volksparteien lastet, erschwert seither die Regierungsbildung. Wir erleben zum ersten Mal in der Geschichte der BRD Koalitionsverhandlungen, die eher einem Vorwahlkampf gleichen als dem Versuch, eine stabile Regierung für die nächsten vier Jahre zu bilden. Die FDP ließ aus parteitaktischen Erwägungen die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition platzen. Notwendige Kompromisse gegenüber den linksliberalen Grünen passen nicht zu ihrer Profilierung als nationalliberale Kraft zwischen Union und AfD. Das soziale Milieu, in dem beide Parteien auf Stimmenfang gehen, überschneidet sich. Auch dies erklärt die heftige Polemik der FDP gegenüber den Grünen und die Weigerung, ihnen Zugeständnisse zu machen.

Mit dem Scheitern von Jamaika scheint es wieder auf die Bildung einer großen Koalition hinauszulaufen. Die Verbände der Arbeitgeber drängen auf die Bildung einer stabilen Regierung. Sie warnen zugleich vor einem zu hohen Preis in den Koalitionsverhandlungen, d.h. vor sozialen Zugeständnissen der potentiellen Regierungspartner, um enttäuschte Wähler*innen zurück zu gewinnen. Innerhalb der Unionsparteien finden sie auf dem Wirtschaftsflügel, der Vereinigung des Mittelstandes, ein politisches Sprachrohr.

Die Vorstände der DGB-Gewerkschaften fordern die Sozialdemokratie auf, ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und

sich einer großen Koalition nicht zu verweigern. Sie reagieren aus einer Position der Schwäche. Während der Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit Tarifbindung erheblich gesunken ist, stieg zugleich die Anzahl von ungesicherten Jobs aller Art. Allein auf betrieblicher Ebene und mit tarifvertraglichen Mitteln lässt sich die Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse nicht aufhalten. Die SPD als zukünftiger Regierungspartner soll dafür sorgen, dass soziale Haltelinien deren Folgen abmildern.

Schon während des Wahlkampfes



wurde deutlich, die SPD kann ihren Agenda-Kurs nicht korrigieren, sondern allenfalls kosmetisch modifizieren. Die Erwartungen/Hoffnungen der Parteibasis auf eine Kurswende und Erneuerung der Sozialdemokratie werden sich nicht erfüllen – weder in der Opposition noch in der Regierungsverantwortung. Sie erhöhen aber den Druck auf den Parteivorstand. Er muss möglichst viele sozialdemokratische Forderungen durchsetzen, um die Fortführung der GroKo vor der Mitgliedschaft zu rechtfertigen. Zugleich schwächt die Wahlschlappe das Gewicht der SPD gegenüber potentiellen Koalitionspartnern.

Auch die geschwächten Unionsparteien, innerlich zerrissen, stehen unter großem Druck. Merkel als Kanzlerin ist eher geduldet denn erwünscht, solange es keine personelle Alternative gibt. Der CSU droht der Verlust der absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr. Nach aktuellen Umfragen wäre die CSU gezwungen, mit zwei Partnern zu koalieren, um auch weiterhin

den Ministerpräsidenten stellen zu können. In Sachsen wurde die CDU nur noch zweitstärkste Partei hinter der AfD. Die Vorwürfe aus der CSU an Merkel (fehlendes konservatives Profil, Sozialdemokratisierung der Union, Öffnung der Grenzen für Geflüchtete) wird auch in der Schwesterpartei von vielen Mitgliedern geteilt. Die Vereinigung des Mittelstandes in der Union drängt darauf, der SPD keine größeren Zugeständnisse in der Sozialpolitik mehr zu machen, wie sie kennzeichnend für die letzte Koalition gewesen wären. Der Spielraum in den Sondierungsgesprächen mit der SPD ist eng.

Es ist kennzeichnend für die aktuelle politische Situation, dass selbst kurzfristige Vorhersagen über mögliche Koalitionen, deren Tragfähigkeit oder Dauer reine Spekulation bleiben müssen. Das gilt für eine GroKo ebenso wie für die Vorschläge, eine Minderheitsregierung zu bilden. Die kommen, aus unterschiedlichen Motiven, sowohl aus der Union als auch aus der Sozialdemokratie. Und trotz der Ängste der beiden Volksparteien vor dem Votum der Bevölkerung scheinen auch Neuwahlen nicht ausgeschlossen.

Die AfD, dauerhafte Konkurrenz für die Union?

Das Postulat von Franz Josef Strauß, es darf sich keine Partei rechts von der CDU dauerhaft etablieren, ist in Frage gestellt. Mit der AfD zog eine solche Kraft in zahlreiche Länderparlamente und in den Bundestag ein. Die Anhänger von Ideologien, wie sie in der AfD vorherrschen, fanden in der Nachkriegsära in der Union ihre politische Heimat. Große politische Differenzen zwischen dem rechten Flügel der Union und der AfD sind kaum wahrnehmbar. Viele AfD-Forderungen zum Asylrecht und zur Eindämmung der Zuwanderung wurden von der Regierungskoalition aufgegriffen und umgesetzt. Die von der CSU geforderte Obergrenze

wurde zur Grundlage der Unionsparteien für die Koalitionsgespräche. In den neuen Bundesländern, wo die AfD besonders stark und die Volksparteien entsprechend schwach abgeschnitten haben, melden sich die ersten Stimmen aus der sächsischen Union, die eine Öffnung der CDU in Richtung AfD fordern.

In der AfD, zunächst als nationalkonservative, eurokritische Partei gegründet, organisierten sich immer mehr Personen aus der völkischen und faschistischen Szene. Aufwind erhielt die Partei durch die Pegida-Demonstrationen. Die beherrschten monatelang die Schlagzeilen und damit die Meinungsbildung – egal, ob nun pro oder contra. Die AfD öffnete ihre Reihen für die Pegida-Organisatoren als auch für Leute aus der organisatorisch zersplitterten faschistischen Szene. Auch wenn deshalb etliche Gründungsmitglieder (Lucke, Henkel oder Petry) seither die Partei verließen, dem Zulauf zur AfD tat dies keinen Abbruch – ebenso wenig wie die Reaktion der übrigen parlamentarischen Parteien. Der Versuch, die AfD als populistisches Schmutzdelkind zu isolieren unter der Beteuerung, man müsse die Ängste und Nöte ihrer Wähler ernst nehmen, bewirkte das Gegenteil. Es stärkte das Image der AfD als Protestpartei, mit deren Wahl die Bürger*innen den Etablierten einen Denkkzettel verpassen konnten.

Der jüngste Parteikongress hat den Rechtsschwenk der Partei untermauert. Es wird keinen Kurs der Öffnung und Koalitionsbereitschaft zur konservativen Mitte geben. Die AfD verbleibt in der „Fundamentallopposition“, mit enger Bindung zu den rechten Bürgerbewegungen wie Pegida. Zwei durchaus realistische Überlegungen stecken hinter dieser Strategie:

1. Bestrebungen nach Regierungsbeteiligungen sind kontraproduktiv für das Image als Protestpartei.
2. Auch nach der Bildung einer neuen Bundesregierung wird deren Politik für weiteren Zulauf zur AfD sorgen. Deshalb die umjubelte Parole: Wir stehen erst für eine Regierungsbildung zur Verfügung, wenn wir so stark sind, dass die anderen Parteien darum betteln müssen.

Sozialdemokratie und Linkspartei

Programmatisch greift die Linkspartei auf sozialdemokratische Vorstellungen aus den Zeiten der Systemkonkurrenz zurück. Damit aber steht sie vor einem ähnlichen Dilemma wie auch die SPD. Deren reformpolitische Erfolge in der alten Bundesrepublik waren nur möglich, weil das sozialistische Lager durch seine Existenz dem Kapitalismus Grenzen setzte. Anders ausgedrückt, die DDR saß als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch, z.B. wenn es bei der Sozialgesetzgebung oder in Tarifverhandlungen darum ging, die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells zu demonstrieren.

Die Mehrheit in der arbeitenden/erwerbslosen Bevölkerung sehnt sich nach den Zeiten des sozialen Ausgleichs zurück. Sie ahnen zugleich, dass sich das Rad nicht zurückdrehen lässt. Bei aller Empörung über Hartz IV und über die neoliberale Wende der SPD sahen viele bei ihrer Wahlentscheidung in der Linkspartei keine Alternative, obwohl die doch programmatisch und zum Teil auch personell die alten sozialdemokratischen Ideale verkörpert. Das Misstrauen wird durch ihre Erfahrungen mit der Linkspartei bestätigt, z.B. in Berlin. Die Senatskoalitionen von SPD und Linkspartei der Jahre 2000 bis 2008 verordneten der durch einen Bankenskandal völlig überschuldeten Stadt einen strikten Sparkurs. Sie folgten dem üblichen Muster. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere kommunale Betriebe wurden privatisiert, der soziale Wohnungsbau fast gänzlich eingestellt. Zahlreiche Stellen im Öffentlichen Dienst wurden gestrichen und den Beschäftigten Sparrunden zur »Gesundung des Haushaltes« verordnet. Die rot-rote Koalition hinterließ eine marode Infrastruktur und einen kaputt gesparten öffentlichen Dienst. Die Linkspartei verlor nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler*innen, die vor allem in den neuen Bundesländern auch zur AfD abwanderten.

Die Aufforderungen aus der Linkspartei an die SPD, sie solle sich zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln bekennen, um in einer gemeinsamen Koalition mit den Grünen die GroKo abzulösen, stieß bei den gewünsch-

ten Bündnispartnern auf Ablehnung. Es war keine realistische Alternative für die Bundestagswahl 2017. Den Wähler*innen allerdings signalisierte sie das Streben der Linkspartei nach Regierungsbeteiligung. Die Erfahrungen mit derartigen Koalitionen auf Länderebene sind eindeutig. Nicht die SPD ist zu ihren Wurzeln zurückgekehrt, was die Linkspartei tendenziell überflüssig machen würde. Die Linkspartei hat sich den Vorgaben ihres Koalitionspartners und den Sachzwängen gebeugt. Die lassen kaum Spielraum bei der Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft, solange nicht die Arbeiterklasse die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändert und die Voraussetzungen schafft zur Überwindung dieser Ordnung.

8.12.2017

Aus Arbeiterpolitik Nr. 5, Dezember 2017

Kontakt: GFSA e.V., Postfach 106426,
D-20043 Hamburg
arpo.berlin@gmx.de
www.arbeiterpolitik.de



Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Zur Regierungsbildung im Bund



Soziale Gerechtigkeit, sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen und Kettenarbeitsverträge, Zwei-Klassen-Medizin, gute bzw. auskömmliche Renten, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, gute Bildung und Ausbildung, ausreichende Tagesbetreuung für Kinder... Das waren wichtige Themen im Wahlkampf zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr; ebenso Flüchtlinge, Asyl, Euro, Europäische Union.

Diese Themen betreffen vor allem die Ausgaben-Seite des Bundeshaushalts. Die Einnahmen-Seite spielte demgegenüber so gut wie keine Rolle – die gute Konjunkturlage und der (prognostizierte) Einnahmeüberschuss von etwa 46 Mrd. Euro für die Jahre 2018 bis 2021 in der Finanzplanung des Bundes verschonen gleichermaßen den Lohnabhängigen wie den Unternehmer vor Forderungen nach Steuererhöhungen.

Man sollte meinen, dass es unter diesen fast idealen Bedingungen schnell und problemlos zur Regierungsbildung hätte kommen können. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. Der Versuch zur Bildung einer Koalition aus CDU, CSU und FDP und Grünen scheiterte, weil die FDP sich zurückzog aus Angst, in dieser Konstellation profillos zu bleiben und bei den nächsten Wahlen dafür abgestraft zu werden.

CDU und CSU setzten darauf hin die SPD unter Druck zu Sondierungsverhandlungen, wo doch deren damaliger Parteivorsitzender Martin Schulz wiederholt beteuert hatte, die SPD werden sich in die Opposition begeben und auf keinen Fall für eine Koalition mit der Union zur Verfügung stehen; er selbst werde in keinem Kabinett Merkel Minister sein. Bekanntlich kam es zur Sondierung und ein

außerordentlicher SPD-Parteitag am 21. Januar 2018 gab schließlich mit 56 Prozent Ja-Stimmen seine Zustimmung zu Koalitionsverhandlungen. Am Ende dieser Verhandlungen gab Martin Schulz bekannt, Außenminister unter Angela Merkel werden zu wollen und den Parteivorsitz an Andrea Nahles, die neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, abtreten zu wollen. Da nun auch der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel sich öffentlich gegen Schulz äußerte, gab Schulz den Verzicht auf den Ministerposten bekannt mit der Begründung: Er ziehe zurück, um den Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag nicht mit dieser Personalentscheidung zu belasten. Schneller und brutaler ist noch kein Hoffnungsträger der SPD durch eigenes Verschulden abgestürzt (Martin Schulz war vor einem Jahr mit einhundert Prozent Zustimmung zum Parteivorsitzenden gewählt worden).

Was ist aus den im Wahlkampf auch von den Gewerkschaften unterstützten Forderungen geworden? Die bedingungslose Akzeptanz des Sondierungspapiers durch den DGB-Vorsitzenden, Reiner Hoffmann, rief bei vielen Gewerkschaften und Gewerkschaftern massive Kritik hervor. Am besten auf den Punkt gebracht hat das unserer Meinung nach die NGG Landesbezirk Bayern*:

„(...)

Ja, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen ist ein richtiger Schritt. Und? Was eigentlich noch? Wenn wir das Sondierungspapier lesen, sehen wir, dass in faktisch allen anderen Bereichen gravierende Leerstellen dominieren.

Sehen wir mal davon ab, dass die hochgejubelte Rückkehr zur Parität keine Vollständige ist, da der Komplex der Zuzahlungen beispielsweise vollständig unberücksichtigt bleibt: Was genau lässt sich noch als Erfolg für die SPD verbuchen und als ‚Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer‘?

Eines der wichtigsten Instrumente zum Stopp der Umverteilungsorgie von unten nach oben ist die Steuerpolitik. ALLE unsere diesbezüglichen gewerkschaftlichen Forderungen, von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bis zur Vermögensteuer, sind derart unberücksichtigt, dass uns rätselhaft bleibt, woher der Optimismus rührt, dass zu diesem Themenkomplex in Koalitionsverhandlungen noch mal Bewegung zu erwarten wäre. Und das betrifft viele weitere Punkte: Sachgrundlose Befristungen bleiben legal. Die Eindämmung der Werkverträge, Verbote von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kein Wort dazu im Sondierungspapier. Die Beendigung der Repression durch Hartz IV, geeignete Maßnahmen zum effektiven Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit, die leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nichts dazu. Eine signifikante Erhöhung des Mindestlohnes einschließlich des Abschaffens der bisherigen Ausnahmen, die Ausweitung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, die deutliche Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes – alles das und noch einiges mehr, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine spürbare Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten würde – Fehlanzeige im Sondierungspapier. Und wir vermuten: ebenso Fehlanzeige in einem Koalitionsvertrag.

(...)

*Aus dem Offenen Brief der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) Bayern vom 17. 01. 2018 an den DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann

Wir alle sind mit klaren Forderungen zur Zukunft der Rentenversicherung angetreten. Weder die Mindestrente mit signifikantem Abstand zur Grundsicherung, noch die Forderung nach breiterer Basis der Einzahlenden finden sich in dem Sondierungspapier. Das zukünftige Rentenniveau soll unterhalb unserer Forderung und nur bis zum Jahr 2025 abgesichert sein. Bezahlbarer Wohnraum für alle, die Bürgerversicherung, die Stärkung der Pflegeberufe über die Stärkung der Ausbildung und die Einführung eines Pflegemindestlohns – dazu findet sich nichts oder nur in schwachen Dosierungen im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD.

(...)

Unsere Aufgabe ist, zu sein, wer wir sind. Wir haben uns, egal gegenüber welcher Regierung, für unsere Interessen einzusetzen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen und Solidarität, unsere einzige politische Option, organisieren.

(...)“

Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse

*„Die ewige Stärke aller herrschenden Klassen ist das ausgearbeitete, vollkommen klare, durch nichts zu täuschende Klassenbewußtsein, womit sie ihre Klasseninteressen verteidigen. Die ewige Schwäche aller revolutionierenden Klassen liegt darin, daß ihr Klassenbewußtsein noch nicht ausgebildet, demgemäß ihre politische Einsicht noch unklar, ihr Verstand noch roh, ihre Macht noch nicht organisiert ist.“**

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Parteien die Erwartungen und das Vertrauen vieler ihrer lohnabhängigen Mitglieder und Wähler immer wieder enttäuschen müssen – selbst in Zeiten guter Konjunktur. In Krisenzeiten sind sie völlig ungeeignet, die Angriffe des Kapitals auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen abzuwehren oder abzumildern. Allerdings nimmt das fast vollständige Verschwinden der herrschenden Klassen aus der Öffentlichkeit, ihre Anonymisierung unter Abstraktionen wie „die Unternehmen“, „die Wirtschaft“ den beherrschten

sozialen Klassen ihre sichtbaren Gegner. Sie treffen überall nur auf „die Politiker“ (abstrakter noch: „die Politik“) und in den Betrieben und Verwaltungen auf deren angestellte Vertreter, die erforderlichen Falles jederzeit ausgetauscht werden können, ohne dass sich dadurch an den Machtverhältnissen etwas ändert.

Das erschwert es den proletarischen Klassen, ihre gemeinsamen Interessen im sichtbaren Gegensatz zu den herrschenden Klassen zu erkennen und fördert ihre Zersplitterung.

Die konkurrierenden politischen (Volks-)Parteien geraten unter diesen Umständen selbst immer wieder in Krisen – wahlweise als Vertrauenskrisen beschrieben. Demagogen und Glücksritter beschwören dann „Erneuerungen“, „Neustarts“, „Rückbesinnungen“ auf vermeintlich bessere Zeiten und bieten sich und ihre neuen Kandidaten als Garanten für eine Lösung der sozialen Probleme an – entweder innerhalb der alten Partei oder durch Neugründungen. Der Einzug der AfD und die Rückkehr der FDP in den Bundestag bestätigen dieses Muster. Neue Darsteller, neue Texte, aber das Stück bleibt das Gleiche. Dieses üble Spiel kann in einer Art Abwärtsspirale sehr lange weiter gehen. Es wird nur unterbrochen, wenn die lohnabhängigen Klassen selbst die Initiative ergreifen und für ihre Interessen gemeinsam den Kampf aufnehmen – beispielsweise so, wie das russische Proletariat in den Jahren zwischen 1897 und 1905 und bis zur Oktoberrevolution und das deutsche Proletariat im November 1918 und den Folgejahren. Dabei werden Elemente der beherrschten Klassen selbst zur politischen Partei, verlieren ihren ursprünglichen Sektencharakter und erwerben die Fähigkeit, gemeinsame Klasseninteressen zu formulieren und zu Kampfzielen zu machen.

Es mutet grotesk an, dass eine soziale Klasse, die Eigentümerfamilien der wesentlichen gesellschaftlichen Produktionsmittel, früher Multimillionäre, heute Multimilliardäre, in der breiten Öffentlichkeit unsichtbar geworden sind – die Nachkommen der Krupp, Thyssen, Stinnes, Röch-

ling usw. Sie, die Repräsentanten des „Alten Geldes“ tauchen in Presse und Fernsehen nicht auf, dagegen gelegentlich Symbolfiguren des „Neuen Geldes“ – seien es Piech-Porsche, die Familien Albrecht, Würth u. a. Aber wo es um wichtige politische Fragen geht, bleiben auch sie im Dunkel, stattdessen ist in den Zeitungen und Fernsehprogrammen von „der Wirtschaft“, „den Unternehmen“ die Rede.

Die proletarischen Wählerinnen und Wähler dürfen alle vier oder fünf Jahre zu den kommunalen, Landes- oder Bundestagswahlen ihre Stimmen abgeben. Die wirtschaftlich herrschenden Klassen, die maßgeblichen Kapitaleigner, stehen in ständigem Kontakt mit den wichtigen Ministerien, den Staatskanzleien – sie sind dort dauernd präsent durch ihre Lobbyisten, die als Sachverständige in Gesetzgebungsverfahren eingebunden sind, durch die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer bedeutender Unternehmen, durch Wirtschaftskammern und -verbände. Ihre Gesprächspartner sind nicht nur die Wahlbeamten – Regierungsmitglieder und Abgeordnete –, sondern, wichtiger noch, die nicht an Wahlperioden gebundenen Spitzenbeamten in den wichtigen Ministerien und Ämtern – die Staatssekretäre und Abteilungsleiter, die oft mehrere Wahlperioden im Amt sind und für die Kontinuität des Regierungshandelns unverzichtbar sind. Natürlich treffen auch die großen Kapitaleigner mit wichtigen Politikern zusammen, dann aber eher informell, bei Empfängen und in quasi privatem Rahmen.

Die auf das Parlament fixierten politischen Parteien, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stehen, machen Politik im grundsätzlichen Interesse ihrer nationalen herrschenden Klassen – wobei es immer wieder Streit darum geben kann, worin in einer auf Konkurrenz basierenden Gesellschaft das Gesamtinteresse der Bourgeoisie jeweils besteht. Gleichzeitig konkurrieren diese Parteien um die Wählerstimmen aus den beherrschten, den lohnabhängigen Klassen. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft ist insoweit Ausdruck der Spaltung der Interessen innerhalb der lohnabhängigen Klassen.

*Aus: Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1, Berlin 1976, S. 601 f.; Erstveröffentlichung 1897/98)

Dieses Land nennt sich gerne Demokratie

Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung



Zur Bundestagswahl 2017 lässt z. B. die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg keinen Zweifel daran: „Deutschland ist eine Demokratie.“ Jeder dürfe Abgeordnete wählen. Und alle Abgeordneten zusammen bildeten die Volksvertretung Bundestag. Die kritische Website „Bundestagswahl 2017“ sieht das etwas anders. Das Wahlsystem sei unübersichtlich. Nur der Bundestag, aber nicht Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundespräsident würden gewählt. Außerdem bestehe in Wirklichkeit eine Lobbykratie. Allein in Berlin würden 5 000 Lobbyisten für ein Primat „der wirtschaftlichen Interessen“ Politik und Gesetzgebung sorgen.

Die Bundesrepublik nennt sich gerne Demokratie. In Wahlen entscheidet das Volk angeblich über Macht auf Zeit. An den Schulen wird das so gelehrt. Zweifel sind angebracht. Dass sie nicht allzu laut werden, dafür sorgt ein tägliches, insgesamt sehr erfolgreiches propagandistisches Verwirrspiel. Im Arsenal der bürgerlichen Propaganda ist die Karriere des Demokratiebegriffs ungebrochen. Im Namen der „abwehnbereiten Demokratie“ denunzieren die

Ämter für Verfassungsschutz (auch in Thüringen!) jährlich die DKP, antifaschistische Organisationen und allein fünf Zusammenschlüsse in der Partei Die Linke (Kommunistische Plattform, Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke, Geraer Sozialistischer Dialog und Cuba Si) als verfassungsfeindlich. Der Demokratiebegriff wird zur ideologischen Keule gegen demokratische Bewegungen.

Der Begriff Demokratie diene auch als Rechtfertigung für inszenierte „bunte Revolutionen“, gegen die „Diktaturen“ im Irak, in Libyen und Syrien. Aktuell hat Donald Trump mit der Begründung, Venezuela sei

Ist eine Demokratie in der man nicht sagen darf, dass sie keine wirkliche Demokratie ist, wirklich eine wirkliche Demokratie.
(Erich Fried,
Zur Kenntlichkeit, 1975–1977)

eine „Diktatur“, Wirtschaftssanktionen und eine Finanzblockade gegen dieses Land verhängt. Er lässt Teile der Opposition mit Waffen ausrüsten und droht zugleich mit direkter mi-

litärischer Gewalt. Demokratie statt Sozialismus wurde nach 1917 zur Losung der Konterrevolution.

Kampf um Demokratie ist aber zugleich Aufgabe und Losung der Unterprivilegierten und Ausgebeuteten. Sozialisten und Kommunisten kämpfen gegen den Abbau demokratischer Rechte, für Demokratie als „individuelle und kollektive Selbstbestimmung“ der Menschen über die eigenen Angelegenheiten, (Vgl. Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie in der Geschichte des Sozialismus* Z., Nr. 30/Juni 1997, S. 106.) für eine Demokratisierung des politischen Systems und der Wirtschaft, um den Weg zu einer neuen, sozialistischen Gesellschaft zu öffnen und eine sozialistische Demokratie zu schaffen, die die Wirtschaft als wichtigsten Bereich der Gesellschaft einschließt und der bürgerlichen überlegen ist.

Bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform

Der Demokratiebegriff ist so ein hart umkämpfter und ein vielschichtiger Begriff. Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz definiert Demokratie als Struk-

turprinzip des Staates, nach dem alle „Staatsgewalt ... vom Volke aus(geht)“. Dazu gibt es eine den Herrschenden genehme Auslegung. Danach gehen die gegebenen Herrschaftsverhältnisse über Wahlen „vom Volke“ aus, sind also von diesem „herzuleiten“. Dazu gibt es aber auch eine „linke“ Interpretation, die das verfassungsrechtliche Demokratieprinzip als Sollbestimmung in Richtung einer realen Volksherrschaft auffasst. Sie versteht das Demokratieprinzip als Aufgabe, die politische Herrschaft des Volkes zu realisieren, eine zunehmende „Teilhabe des Volkes“ durchzusetzen bzw. schließlich eine „Selbstregierung des Volkes“ zu verwirklichen. In der Debatte um das Wesen der Demokratie, in den sozialen und politischen Klassenauseinandersetzungen der beiden Grundklassen und in den Kontroversen zwischen deren gegensätzlichem Staatsverständnis treffen diese Bedeutungen immer aufs Neue aufeinander.

Sehen wir uns zunächst das Verhältnis der Herrschenden zur Demokratie an.

Für die Kapitalistenklasse ist heute (im Unterschied zur Situation Anfang der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts als die Hälfte der westeuropäischen Länder offen terroristische Diktaturen waren) die parlamentarische (bzw. die präsidiale oder semipräsidiale) Demokratie mit allgemeinen Wahlen in allen entwickelten kapitalistischen Staaten zur Form der Kapitalherrschaft geworden. Das ist Dekor, aber auch real, weil mit neuen Herrschaftstechniken verbunden, die mittels der parlamentarischen Demokratie möglich geworden sind.

Der kapitalistische Klassencharakter der bestehenden Herrschaft wird verhüllt. Herrschaft erscheint als ein Resultat von in Wahlen miteinander um „die Macht“ konkurrierender Parteiliten und bleibt so den meisten Menschen als Klassenherrschaft verborgen. Die bestehenden Herrschaftsverhältnisse werden als „Herrschaft mit Zustimmung des Volkes“ (Peter Graf Kielmansegg) legitimiert. „Immer, wenn die demokratischen Institutionen in der Lage schienen, die kapitalistische Ordnung aufrecht zu erhalten, hat man sie auch beibehalten“, schrieb der französische Politologe Maurice Duverger Anfang der siebziger Jahre (*Demokratie im technischen Zeitalter*, München 1973, S. 144). Bereits 1917 verwies

Lenin darauf, dass die „demokratische Republik“ die „denkbar beste Hülle des Kapitalismus“ ist, nachdem das Kapital „von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat“, so „dass kein Wechsel der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“ (W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, LW, Bd. 25, Berlin 1981, S. 405.)

Die parlamentarische Demokratie hat sich aber nicht nur als mit der Kapitalherrschaft vereinbar erwiesen. Sie entpuppte sich auch als eine erfolgreiche „Methode“ des Regierens (Joseph Schumpeter) mit neuen Vorteilen: als ein System von Institutionen und Strukturprinzipien (Wahlen, Parteienstaat, parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, Grundrechte, Teilung und Kontrolle der Gewalten), das als politisch brauchbarer „Konfliktregulierungsmechanismus“ (Ralph Dahrendorf) funktioniert, mit dem es gelingt, immer wieder antikapitalistische Gegenkräfte (die Grünen, die Partei Die Linke) zu integrieren, deren Parteien und Organisationen zu „mäßigen“. Sie wurde (nicht zuletzt durch die Wahlen) zu einem „Frühwarnsystem“, das den Herrschenden die Zunahme gesellschaftlicher Konflikte signalisiert und zugleich „Auslass und Kanäle für die Flut“ (Helmut Schmidt) für Krisenzeiten bereit hält. Auch mit den politischen Grundrechten, einschließlich des Wahlrechts, kommen die Herrschenden recht gut zurecht. Dafür sorgt die Meinungsmanipulation.

Im „goldenen Zeitalter“ des Kapitalismus bis Mitte der siebziger Jahre entwickelte sich die parlamentarische Demokratie unter dem Druck von Klassenkämpfen und vor allem der Systemauseinandersetzung fast über-

all zu einem asymmetrischen (weil die Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage stellenden) sozialstaatlichen Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit. Im Zuge der neoliberalen Kapitaloffensive haben die Regierenden mittlerweile diesen Kompromiss auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt und wollen ihn weiter absenken.

Transformation und Niedergang der parlamentarischen Demokratie

„Die heutige Demokratie ist als (Aktualität) (vorläufige) aktuelle Aufgipfelung einer Jahrhunderte langen Entwicklung, die eines manipulierten, mit Hilfe von Manipulation herrschenden Imperialismus“ (Georg Lukacs, *Sozialismus und Demokratisierung*, Frankfurt/Main 1987, S. 24), schätzte Georg Lukacs vor mehr als 30 Jahren ein. Die Transformation der parlamentarischen Demokratie zu einer für das Kapital brauchbaren Herrschaftsform und Herrschaftsmethode war nicht zuletzt auf vielfältige Weise durch den Einbau autoritärer, offen antidemokratischer Strukturen gekennzeichnet. Zahlreiche Regierungsinstitutionen, Geheimdienste und „unsichtbare Regierungen“, ein mächtiger Überwachungsstaat operieren mit diktatorischen Methoden außerhalb der Reichweite parlamentarischer Institutionen und öffentlicher Kontrolle. Die bürgerlichen Massenmedien sind zu Regierungsinstitutionen geworden. Fast alle Parlamentsparteien orientieren sich an den Interessen der „Wirtschaft“.

Mit der Internationalisierung der Herrschaftsstrukturen des Kapitals wurden überdies zahlreiche Kom-

Anzeige

Neue Broschüre:

Ekkehard Lieberam/Herbert Münchow (Hrsg.):

Machteroberung und Machtfrage heute

Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

Mit Beiträgen von Georg Fülberth, Steve Hollasky, Volker Külöw, Ekkehard Lieberam, Arnold Schölzel.

Erschienen in der Schriftenreihe des Forums Gesellschaft und Politik e.V., pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen / pad-Verlag@gmx.net, 90 Seiten, 5,00 Euro.

petenzen der nationalen Parlamente, vor allem das Budgetrecht und das Recht auf Gesetzgebung massiv eingeschränkt. Von den Rechtsakten der Bundesrepublik stammten nach Roman Herzog in den neunziger Jahren 84 Prozent aus Brüssel und nur 16 Prozent aus Berlin. Die Staats- und Regierungschefs der NATO (für die BRD die Bundeskanzlerin!) legten 2014 fest, innerhalb von zehn Jahren ihren jeweiligen Rüstungsetat auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BRD 2015: 1,18 Prozent) zu erhöhen. Das wäre für die Bundesrepublik gegenüber 2014 eine reale Erhöhung der Rüstungsausgaben auf etwa das Doppelte!

Mit den anhaltenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals im Zuge der dritten industriellen Revolution, aber auch der nicht zu übersehenden Krise des Widerstands der Lohnarbeiter bei der Verteidigung ihrer Interessen, prägte sich der Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie weiter aus. Es kam zur Kürzung von sozialen Rechten und Arbeiterrechten. Gerade im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg zeichnet sich unter anderem eine Verschärfung des politischen Strafrechts, so der Bestimmungen über den Landfriedensbruch, ab.

Die Staatspolitik folgte mit der Agenda 2010 devot den Wünschen des Großkapitals und „liberalisierte“ den Arbeitsmarkt, worauf unter anderem die Reallöhne der Geringverdiener zwischen 1995 und 2015 bis zu 10,7 Prozent zurückgingen. (Vgl. Eva Roth, *Wertverfall*, ND vom 2./3. September 2017.)

Derzeit gibt es im Bundestag wieder (nachdem dies von 1953 bis 1990 nicht mehr der Fall war) mit der Die Linke eine Fraktion, die als parlamentarische Opposition die Interessen der Lohnarbeiter und die im Grundgesetz fixierten demokratischen Rechte gegen das Kapital und die staatliche Repressivgewalt verteidigt. Nach den Bundestagswahlen 2017 wollen führende Politiker dieser Partei möglichst mitregieren (wenn dies rechnerisch möglich sein sollte), womit die herrschende Klasse die parlamentarische Demokratie wieder voll im Griff hätte.

Derzeit gibt es international etwa 20 000 Bücher, die sich mit der par-

lamentarischen Demokratie und ihrem Schicksal beschäftigen, deren Veränderungen untersuchen und beschreiben. Auf zwei sei hier besonders verwiesen: auf die Publikationen des linken Politikwissenschaftlers Colin Crouch, der vor einigen Jahren über die Herausbildung einer „Postdemokratie“ schrieb (Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008.) und auf ein vor zwei Monaten bei *edition ost* erschienenenes Buch des marxistischen Staatsrechtlers Herbert Graf (Herbert Graf, *Von der Demokratie zur Agonie*, Berlin 2017.) über die Entwicklung von der „Demokratie zur Agonie“. Colin Crouch macht besonders auf die „innere Aushöhlung der Demokratie“ aufmerksam, wobei dieser Prozess noch im vollen Gange sei. Er verweist darauf, dass die demokratischen „Rituale“ fortbestehen und, obwohl nahezu irrelevant, so funktionieren als ob sie noch „das tragende Skelett des Staates“ seien. Eine wichtige Ursache dafür sieht er zu Recht im „Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse“. (Colin Crouch, S. 70. Vgl. auch Ekkehard Lieberam, *Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie*, Bergkamen 2012, S.27 ff.) Graf verweist darauf, dass mit dem wachsenden Heer der Lobbyisten die „Macht der Wirtschaft“ zur Allmacht geworden ist. Hinzu gekommen seien Staatsschulden und Schuldenbegleichung als „Fesseln demokratischen Handelns“ als realer Hintergrund für das von Angela Merkel geprägte Wort von der *marktkonformen Demokratie*. (Herbert Graf, S. 47 ff. und S. 140 ff.)

Demokratisierung als antikapitalistische Alternative

Lenin schreibt in *Staat und Revolution* nicht nur, dass die demokratische Republik die beste Hülle des Kapitalismus ist, sondern, dass „diese Form der Unterdrückung“ für das Proletariat auch eine positive Seite hat: „Eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt.“ (LW, Bd, 25, S. 467) Im Kampf für ihre unmittelbaren sozialen Interessen, wie im Kampf für grundlegende soziale Reformen und für eine andere Ge-

sellschaft bietet die parlamentarische Demokratie der Arbeiterklasse trotz ihrer Transformation vielfältige Möglichkeiten. Sie muss sie nur tatsächlich nutzen.

Wenn heute im Bundestagswahlkampf bei dem „Schlagabtausch“ der Spitzenkandidaten gähnende Langeweile aufkommt, von Fassaden-Demokratie gesprochen wird, so gibt es dafür vor allem eine Ursache: den Niedergang der Arbeiterklasse als politischer Akteur, als für ihre Interessen kämpfende Klasse. Kampf um Demokratie bedeutet deshalb vor allem Kampf um Aufklärung über die politischen Zustände, um politische, gewerkschaftliche und geistig-kulturelle Gegenmacht, um Hegemonie gegen das Kapital, insgesamt um eine Veränderung der Klassenmachtverhältnisse, die es ermöglicht, entschieden stärker die Interessen der Arbeiter in den politischen Prozess einzubringen und zumindest teilweise durchzusetzen.

Die Zukunft der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie ist ungewiss. Unverkennbar drohen im 21. Jahrhundert weitere autoritäre Deformationen. Die Gefahr eines neuen Faschismus wird im Krisenkapitalismus zunehmen. Abwehrkämpfe gegen den Abbau demokratischer Rechte und Kämpfe für die Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft werden notwendiger denn je. Dabei dürfen sich die Linken nicht der Illusion hingeben, ein mehr an Demokratie könne irgendwann den Sozialismus bringen. Mit der Demokratiefrage müssen sie immer zugleich die Eigentumsfrage und die Machtfrage stellen: „Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nicht für sich genommen, sondern mit anderen Erscheinungen ‚zusammengenommen‘, er wird seinen Einfluss auf die Ökonomik ausüben, ihre Umgestaltung fördern, dem Einfluss der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.“ (Ebenda, S. 466)

Ekkehard Lieberam

aus: unsere zeit – 22. September 2017

www.unsere-zeit.de

Abo-Service: buero@unsere-zeit.de

SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja



Am 4. März war es entschieden. Die Mitglieder der SPD haben mit 66 %, bei einer Beteiligung von ca. 78 Prozent, dem Ergebnis der Koalitionsverhandlung und damit dem Eintritt in eine Koalition mit der CDU/CSU zugestimmt.

Damit ist ein längerer Prozess beendet. Zuerst, noch am Wahltag, gab es ein ziemlich kategorisches NEIN. Nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen begann allmählich der Druckaufbau in Richtung Regierungsbeteiligung. Der Druck kam von den Medien und er kam insbesondere vom Bundespräsidenten Steinmeier. Es zeigte sich auch schnell, dass der Konsens in der SPD Führung über die Notwendigkeit des Gangs in die Opposition doch nicht so groß war wie es zuerst schien. Schließlich entschied sich die SPD für die sogenannten Sondierungen mit der CDU/CSU. Ein Sonderparteitag am 21. Januar billigte mit der knappen Mehrheit von 56,4 Prozent die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Nach Abschluss dieser Verhandlungen brachte die verbindliche Mitgliederbefragung, über 5 Monate nach den Wahlen, die endgültige Entscheidung.

Das Nein zur GroKo war in der SPD zuerst sehr populär, ja umjubelt wie sonst nur ein Wahlsieg. Entsprechend umstritten war der Weg zum letztendlichen JA, er hat die SPD zerrissen und den einstigen Hoffnungsträger Martin Schulz als Parteivorsitzenden demontiert.

Die Zustimmung der Mitglieder war größer als die der Delegierten auf dem Sonderparteitag. Trotzdem zeigt das Ergebnis noch, wie umstritten diese Frage bei der SPD Basis war. Man muss davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil der JA Stimmen nicht aus echter Zustimmung für die Koalition erfolgte, sondern nur deshalb zustande kam, weil die Mitglieder der SPD eine weitere Verschärfung der Parteikrise vermeiden wollten (es gibt viele Äußerungen von SPD Mitgliedern in diese Richtung). Das Dilemma bei dieser Entscheidung war den Mitgliedern bewusst. Sie wollten nicht mit NEIN stimmen und damit die gesamte Parteispitze desavouieren, die sich vehement für ein JA eingesetzt hatte. Da sind viele SPDler doch zu diszipliniert, auch wenn das Votum nur mit zusammengebissenen Zähnen erfolgte. Vermutlich war für viele Mitglieder auch das Fehlen einer wirklich konkreten Alternative ein Entscheidungsgrund. Erneuerung

der Partei, das blieb blass, unkonkret und unsicher. Eine Ablehnung der Koalition wäre für die SPD zuerst einmal ein weiterer Scherbenhaufen gewesen, mit unklaren Folgen. Für eventuelle baldige Neuwahlen wären das offensichtlich keine guten Bedingungen. Man kann davon ausgehen, dass dieses Dilemma, dem die abstimmenden Mitglieder ausgesetzt waren, der Parteiführung nicht ungelegen kam, um den unpopulären Kurs Richtung Regierungsbeteiligung durchzusetzen.

Die Diskussion um die GroKo zeigt die Verunsicherung und die Zerrissenheit in der SPD. Es gibt in der SPD eine große Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation. Unzufriedenheit mit der vergangenen Regierung. Unzufriedenheit mit der Parteiführung, den Funktionären und Mandatsträgern, und zwar sehr oft ziemlich generell gegen „die da Oben“ und nicht nur gegen einzelne Vertreter. Diese Unzufriedenheit ist aber verbunden mit einer ebenso großen Unsicherheit und Unklarheit wie man aus der misslichen Situation herauskommen könnte. Die Parole „No GroKo“ ist gewissermaßen der gemeinsame Nenner der Unzufriedenen, sie ist aber kein Gegenkonzept, das einen Ausweg bie-

ten könnte, das mehrheitsfähig und realistisch ist. Nur die Parteilinke konnte eine Analyse und ein einigermaßen geschlossenes Konzept für die Zukunft der Partei anbieten, die Überwindung der „Agenda 2010 SPD“. Die Parteilinke konnte deshalb zusammen mit den Jusos konsequent gegen die GroKo mobilisieren. Man muss sich aber im Klaren darüber sein, dass die linken Rezepte in der Partei jetzt vielleicht größere Sympathie genießen als schon in der jüngeren Vergangenheit, aber noch keineswegs von einer eindeutigen Mehrheit mitgetragen werden. Aufgrund der Situation bekommt die Linke mit der Forderung „No GroKO“ zwar mehr Zuspruch als sie sonst erreicht. Das ist aber nicht das Ergebnis von veränderten Überzeugungen, sondern nur durch die speziellen Umstände nach der Bundestagswahl begründet. Ein NEIN in der jetzigen Situation hätte aber auch einen Linksruck in der SPD bedeutet, den bei aller Abneigung gegen die GroKo, die Mehrheit nicht mitgehen wollte.

Alle fordern die Erneuerung der SPD. Wie diese konkret aussehen soll und was diese beinhalten soll bleibt aber weitgehend im Unklaren. Das trifft auch für den prominentesten Kritiker der GroKo, Kevin Kuhnert, zu. Auch er bleibt bei seinen Aussagen dazu meist wolkig. Man muss davon ausgehen, dass viele in der SPD von einer Erneuerung sprechen, aber dazu keine klaren Vorstellungen haben. Die Ideen und Wünsche, die vielleicht bereits in einigen Köpfen existieren, sind vermutlich keineswegs einheitlich. Damit ist vorgezeichnet, dass jede konkrete Umsetzung einer Erneuerung, immer auch einen erheblichen Anteil an Enttäuschten produzieren muss, weil ihre Hoffnungen und Wünsche nicht erfüllt werden. Man muss feststellen, es gibt noch kein klares Erneuerungsziel bei der Mehrheit der Partei,

Damit ist ein ähnlicher Ablauf zu befürchten, wie beim Schicksal des Spitzenkandidaten Martin Schulz. Nach seiner Präsentation wurden zuerst alle Hoffnungen und Erwartungen auf ihn projiziert und es entstand eine geradezu euphorische Stimmung. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes musste die SPD bald erleben, dass die Erwartungen überzo-

gen waren und nicht erfüllt wurden, ja nicht erfüllt werden konnten.

Die Politik der letzten Jahrzehnte waren in vielen Ländern und auch in Deutschland von neoliberaler Dominanz geprägt. Bekanntlich hat die SPD mit der Agenda 2010 unter Schröder wesentlich bei der Durchsetzung dieser Dominanz mitgewirkt.

Darüber besteht in der SPD ein großes und tiefes Unbehagen. Der Versuch der Parteispitze dieses Unbehagen durch einige punktuelle Korrekturen (z.B. Mindestlohn) zu beseitigen ist fehlgeschlagen. Damit befindet sich die SPD in der ungünstigen Situation, dass weite Teile ihrer Praxis, z. B. ihrer Regierungsarbeit, bei den Mitgliedern und potentiellen Wählern nur auf geteilte Zustimmung stoßen und nur noch unter Vorbehalt akzeptiert werden. Aber die SPD konnte sich auch nicht zu einer echten Kurskorrektur durchringen. Es ist auch fraglich ob das dieser SPD überhaupt möglich ist. Denn sie müsste sich dazu tiefgreifend ändern und Positionen und Begründungen aufgeben, die man bisher als Leistung und Erfolg der SPD verkauft hat.

Die SPD will der Anwalt der Bevölkerung für soziale und progressive Themen sein. In der Realität akzeptiert sie aber stillschweigend die Bedingung, das nur unter Bejahung und strikter Beachtung der kapitalistischen Logik und der sich daraus ergebenden Grenzen zu machen. Im Konfliktfall muss das Soziale und Progressive dann des öfteren hinter anderen Interessen, die als Allgemeinwohl, Staatsinteressen, Marktzwängen etc. verkauft werden, zurücktreten.

Diese Haltung müsste die SPD aufgeben. Damit ist noch nicht gemeint, dass die SPD konsequent antikapitalistisch werden müsste. Aber sie müsste sich wieder ernsthaft fragen, welche Interessen sie eigentlich vertreten will. „Der Anspruch die Wirtschaft genauso zu fördern wie die kleinen Einkommen“ wie das ein SPD Mitglied laut SZ vom 3. 3. 2018 formulierte, lässt sich nicht unter einen Hut bringen. Es ist nicht möglich überzeugende Interessenvertretung für die Lohnabhängigen zu betreiben, wenn die Kapitalismusverträglichkeit bei jeder Maßnahme mitgedacht wird und gegebenenfalls dem ganzen Vorhaben enge Schranken setzt.

Unbehagen und Verunsicherung gibt es nicht nur innerhalb der SPD. Auch bei den (potentiellen) Wählern der SPD und allgemein in der Gesellschaft sind diese Stimmungen weit verbreitet. Bei aller Unzufriedenheit und Wut über einzelne Tatbestände, es fehlt eine Orientierung. Die Menschen erwarten, dass sich die Regierung, „die Politik“ der Probleme annimmt, haben aber keine klaren, oder gar widerspruchsfreien, Vorstellungen davon, wie das geschehen sollte. Es verbreiten sich Unsicherheit und Ängste, aber eher selten reifen konkrete politische Forderungen. Wo bereits politisch Konsequenzen gezogen werden, geht die Tendenz in der Gesamtgesellschaft zur Zeit allerdings eindeutig nach rechts.

In dieser Situation wäre eine Partei nützlich, die die Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung aufgreifen und überzeugend vertreten kann. Ob die SPD als Gesamt-Partei (und nicht nur einzelne Richtungen in ihr) diese Rolle noch ausfüllen kann, ist fraglich.

Es ist nicht zu bestreiten, auch ein Einschwenken auf einen linken Kurs, wäre für die SPD nicht ganz ohne Risiko. Wie oben kurz angedeutet, wartet die Gesellschaft nicht unbedingt auf einen Linkskurs. Es ist also keineswegs ausgemacht, dass eine SPD mit einem klar linken Programm, kurzfristig und sofort, bei Wahlen wesentlich erfolgreicher wäre. Zu stark verbreitet sind, einerseits, noch mehr oder weniger neoliberale Vorstellungen und zu groß ist, andererseits, der Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen, den die SPD bereits erlitten hat. Eine politische Partei wie die SPD braucht aber auch eine langfristige Perspektive, wenn sie Mitglieder und Wähler überzeugen und an sich binden will. Gelingt dies nicht, verliert sie auf Dauer ihre Existenzberechtigung.

Die Parteiführung hat sich, nicht sonderlich überraschend, durch die Aufnahme der Sondierungen und ihr Werben für den Regierungseintritt für ein „weiter so“ ausgesprochen (auch wenn sie das nicht so nennen will). Die Mitgliederbefragung brachte da, unter den gegebenen Umständen auch nicht überraschend, keine Kurskorrektur und keinen Fortschritt.

Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!

Der Kapitalismus entlarvt sich immer wieder selbst, auch wenn viele Menschen dies erst in ungenügendem Maße erkennen. Die Wirtschaftskonjunktur in den wichtigsten Industriestaaten läuft rund wie lange nicht mehr und die Reichen werden immer reicher. Doch gibt es immer wieder Schrammspuren, die das neoliberale Bild hässlich aussehen lassen. Das betrifft nicht nur die Folgen des Finanzdebakels von 2008, die längst nicht überwunden sind. Ein Riesenskandal der steuerflüchtigen Multimillionäre jagt den anderen – *Panama-Papers, Paradise-Papers* – und, wie es scheint, ohne Folgen. **Fachleute schätzen, dass dem Staat jährlich 100 Milliarden Euro durch Steuerbetrug verlorengehen.**

Die CDU/CSU Finanzminister schauen bewusst weg oder mischen selbst mit, wie der Chef der deutschen Sparkassenvereinigung und ehemalige bayerische Finanzminister Fahrenschon. Freilich, für die Klasse der Lohnabhängigen haben führende Wirtschaftsprofessoren andere „*Geschenke*“ bereit. Sie nützten umgehend die Rechtsentwicklung des Bundestagswahlresultates und forderten die Aufhebung des einst schwer erkämpften 8-Stunden-Tages, während eine politisch schwache IG Metall dem Digitalzeitalter u.a. mit der Forderung nach einer 28-Stunden-Woche begegnen will. Die würde angesichts des mangelnden Klassenbewusstseins ihrer Mitglieder wahrlich nicht auf dem Tablett serviert werden. Ohne die Frage nach dem wie geht diese Forderung ins Leere.

„*Das Gespenst des Kommunismus ist tot*“ jubelten schon immer Reaktionäre aller Art und erkannten nicht, dass sie es waren die es mit ihrer sozialreaktionären Politik immer wieder zum Leben erweckten. Nachdem es keine Sowjetunion und keine DDR mehr gibt, glauben viele im Unternehmerlager, immer weniger Rücksichten nehmen zu müssen auf soziale Rechte in ihrem Betrieb. Die herrschende Klasse spricht von „*Menschenrechten*“.

Aber für die Arbeiterklasse gibt es im Kapitalismus kein Recht auf Arbeit und auf soziale Existenzsicherheit. Die Arbeit der Betriebsräte wird behindert, Verträge werden umgangen oder gebrochen. **Fast die Hälfte der Beschäftigten wurde im Vorjahr um den so hoch gelobten gesetzlichen Mindestlohn betrogen und der Koalitionspartner SPD hatte nicht einmal das Rückgrat, eine schärfere Kontrolle der Firmen durchzusetzen.** Die Tarifbindung gilt nur noch für die Hälfte der Betriebe. Nicht die Millionäre und Shareholder zahlen die Zeche für die Folgen der Globalisierung und die Umbrüche durch die Digitalisierung. Es sind die Lohnabhängigen, die Kürzungen und Entlassungen hinnehmen müssen. Dabei stehen vor allem die großen Konzerne nicht im Wettbewerbszugzwang. Bezeichnend dafür ist, dass allein im Jahre 2017 in Deutschland 46 Milliarden Euro Dividende an die Aktienbesitzer ausgeschüttet wurden.

Siemens: Sozialpartnerschaft und Wirklichkeit

Gerade ein Weltkonzern wie Siemens, der lange als Vorzeigefirma für die ominöse „*Sozialpartnerschaft*“ galt (Personaldividende u. a.), hat nun den Hinauswurf von etwa 7.000 Beschäftigten bis 2020 angekündigt. Betroffen sind verschiedene Standorte, davon die Hälfte in Deutschland. Die Schließung der Werke in Leipzig, Görlitz und Erfurt wird besonders in Ostdeutschland der AfD neuen Auftrieb geben. Nun will die Konzernleitung von den Standortgarantien und vom Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr viel wissen. Die „*Auslagerung*“ des Rudolfszell-2-Abkommens (2010) mit den Gewerkschaften hat begonnen. Immer wenn es brenzlig wird, ist es aus mit der oft zitierten Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit.

Die Konzernleitung ließ die Bombe der Entlassungen platzen, ohne vorher mit den Betriebsräten oder gar

mit der Belegschaft Alternativmöglichkeiten erörtert zu haben. Schon längst ist erkennbar geworden, dass der Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser und sein Team den finanziellen Forderungen der Siemensaktionäre noch mehr als bisher entgegenkommen wollen. Die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland gibt ihnen diesen Spielraum, ebenso wie die relative Schwäche der Gewerkschaften. **Wie blanker Hohn klingen die Worte des Siemens-Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser, entnommen einer Broschüre des Siemens-Konzerns: „Ein Unternehmen muss zum Wohlergehen und zum Fortschritt der Gesellschaft beitragen – nicht nur kurzfristig, sondern nachhaltig im Interesse zukünftiger Generationen.“** Dazu kommt die Aufsplitterung des Weltkonzerns mit dem Ziel einer Holding. Die Einzelbereiche sollen selbständig für Gewinne und Verluste verantwortlich sein – ein Spaltpilz auch für die Solidarität der Siemensmitarbeiter untereinander. Rendite als Ziel reicht nicht mehr, die Profite müssen höher sein als bisher. **Die Geschäftsleitung peilt Profitmargen von 16 bis 22 Prozent an. Siemens Chef Joe Kaeser behauptet nun, dass dies in der Siemens Kraftwerksparte, auf Grund der großen Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt, nicht mehr möglich sei.** Der Gasturbinenumsatz drohe sich auch bei Siemens zu halbieren. **Der Führungszirkel um Kaeser begründet damit die Massenentlassung. Was Kaeser dann in Davos bei seiner Anschleimung an Trump von sich gegeben hat, widerspricht jedoch dieser Begründung. Die neue Steuerpolitik des US-Präsidenten – zugunsten der Konzerne – habe ihn darin bestärkt, „eine neue Generation von Gasturbinen in den USA zu entwickeln.“** Also ausschlaggebend ist nicht allein die Marktlage, sondern stets auch die Profitaussichten. **(2016 betrug der Siemens-Umsatz in den USA 24 Milliarden Dollar, bei 50.000 Beschäftigten.)** Selbst bürgerliche Zeitungen wie die *Nürnberger*

Nachrichten warnen vor einem „Spiel mit dem Feuer“. Siemens macht weiterhin glänzende Geschäfte. Dazu braucht der Konzern qualifiziertes und motiviertes Personal, gerade in der jetzigen überbordenden Periode: **Der Jahresumsatz betrug 83 Milliarden Euro, der Gewinn stieg im Vorjahr um 11% auf 6,2 Milliarden, der Auftragsbestand erreichte wie im Vorjahr 86 Milliarden!**

Die Gewerkschaften mobilisieren gegen den Kahlschlag. Erste Demonstrationen fanden statt. Ihnen nahestehende Medien und Politiker müssen noch stärker einbezogen werden. Alle, die das Scheitern des AEG-Abwehrstreiks vor zehn Jahren miterlebt haben, wissen, dass trotz des groß-

artigen Kampfes die Kraft nicht ausgereicht hatte. Obwohl regional bis in die bürgerlichen Schichten hinein unterstützt, fehlte damals eine bundesweite Kampagne und eine ausreichende Solidarität durch die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Die Siemens-Kolleginnen und -Kollegen haben nur dann eine Chance, wenn ihnen die Einbeziehung möglichst aller Siemensabteilungen gelingt und die Ausweitung der Unterstützung in den übrigen zivilgesellschaftlichen Bereichen. Ersteres könnte schwierig werden, gibt es doch bei den Siemensangestellten große berufliche Differenzierungen und der Bodensatz der vor Jahren aufgefliegenen gelben Gewerkschaft dürfte auch noch nicht

völlig verschwunden sein. Diesmal gälte es auch für die IG Metall, etwas zu riskieren. Gemeinsame Streiks in allen Siemens-Gesellschaftsfeldern, gleichzeitig unterstützt durch Großdemonstrationen, könnten dem Widerstand Stärke verleihen.

Ob nach dem streikaufwändigen Kampf um einen neuen Tarifabschluss das Bewusstsein und die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen dafür ausreicht, ist fraglich. Dazu kommt, dass die IGM belangt werden könnte, dass ein Streik für den Erhalt der Arbeitsplätze in der BRD gesetzlich verboten ist. So weit gehen dann die demokratischen Freiheiten im angeblichen Sozialstaat Deutschland denn doch nicht!

Zur Lage der Gruppe

Was das Interne angeht, wird das nur eine kurze Betrachtung der Lage der Gruppe. Entsprechend unserem diesbezüglichen Zwei – Jahres – Rhythmus geschieht dies dann im nächsten Jahr ausführlicher. Grundsätzlich kann man sagen, der Zustand gleicht unverändert dem einer stabilen Stagnation – die Weltlage freilich nicht. Die innenpolitische Entwicklung und auch die europäische verschlechtert sich zusehends; es findet eine Rechtsentwicklung statt, die ein Spiegelbild ist für die fragilen Zustände und für die krisenbehafteten Mechanismen in den kapitalistischen Gesellschaften. Die neue Anhäufung von Kriegen und staatlichem Zerfall, der Niedergang demokratischer Regierungsformen, verschärfte wirtschaftliche Konkurrenzkämpfe selbst unter Alliierten schafften eine labile Lage, die länger anhaltend sein wird. Sie kann auch eine höchst gefährliche Zuspitzung in sich bergen (z.B. Syrien, Nordkorea, Iran).

Die gute Konjunkturlage im Hochexportland Deutschland hängt engstens mit der Befindlichkeit der Weltkonjunktur zusammen, aber auch mit dem Fortgang der anhaltenden Weltfinanzkrisen. Käme es zu sozialen Erschütterungen, hätte das auch in Deutschland, über den Anstieg des AFD-Potentials hinaus, schwere politische Zersetzungen zur Folge. Keine guten Aussichten für linke Politik und

noch weniger für sozialistische Perspektiven, nachdem nun auch die Ansätze für kämpferisch-reformistische Politik in Lateinamerika scheitern.

Doch wir wissen, wie es ist, braucht es nicht zu bleiben: Der Aufstieg Trumps und seiner dubiosen Bewegung in den USA wirkt wie ein Fanal für die Brüchigkeit der „alten Weltordnung“, die europäische Union droht zu zerbröseln. Im ausgebeuteten afrikanischen Kontinent kämpfen Millionen ums Überleben und rütteln an den Stacheldrahtzäunen Europas. Die Staaten Asiens gewinnen wirtschaftlich und politisch an Bedeutung, stehen aber ständig unter der Bedrohung der mächtigsten imperialistischen Länder. Wenn auch der Neoliberalismus an Glanz verloren hat und der Kapitalismus immer mehr als „Raubtierkapitalismus“ gesehen wird, ist praktisch die Herrschaft dieses Systems fast überall noch unbestritten. Doch die politischen Folgen dieser Ausbeutungsordnung mit einer immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Luxus und Hungerdasein, werden auf Dauer nicht ausbleiben. Die dem kapitalistischen System eigenen Widersprüche haben es in sich, dass auf Konjunktur Krisen folgt, die diese sozialen Klüfte noch mehr aufbrechen lassen. Daraus kann Widerstand und Bewegung entstehen, wie sie heute noch nicht denkbar erscheinen. Auch wenn diese dann sich anfangs noch

in die falschen Richtungen zu verirren drohen oder die Ansätze scheitern, spätestens dann sollte es die Stunde der klassenbewußten Kräfte sein, richtungsweisend einzugreifen. Voraussetzung freilich ist, dass dann noch welche vorhanden sind. Deswegen müssen die wenigen noch vorhandenen sozialistischen Gruppen den Widerspruch aushalten, mit richtigen Erkenntnissen und Endzielen in einer Gesellschaft wirksam zu sein, in der die große Mehrzahl glaubt, ihr sozialer Status könnte für immer aufrecht erhalten werden. Wir müssen weiterhin versuchen, bei den sozial und mental Aufnahmebereiten anzuknüpfen und bei den weltanschaulich und politisch uns am nächsten Stehenden. Es wäre dringend nötig weiterhin zu versuchen Menschen zu gewinnen, an die wir die „Fackel“ weitergeben können, weil wir selbst irgendwann nicht mehr die Kraft dazu haben. Wir haben jedoch keine Illusionen: bei den heute bestehenden Verhältnissen gelingt das bisher nur in Ausnahmefällen. Trotzdem müssen wir uns weiterhin darum bemühen, persönlich und mit politischer Agitation mittels unserer Zeitschrift *Arbeiterstimme* für unsere Ziele und unsere Gruppe zu kämpfen!



Wie sieht es nun konkret mit unserer Arbeit aus: Wir konnten 2016 und 2017 unsere Arbeit wie bisher weiterführen. Wir sind alle noch an Bord – wie vor einem Jahr. Wir konnten auch wieder die *Arbeiterstimme* finanzieren durch Beiträge, Abozahlungen, Spenden und Freiverkauf. Wir erhielten Zuspruch durch unsere Leserinnen und Leser durch Überweisungen über den üblichen Satz hinaus durch Mitarbeit und als Autoren. Wir gestalteten unsere Aufgaben wie bisher mittels Jahreskonferenz in Nürnberg, Sommerseminar in München, Redaktionssitzungen in Nürnberg und München Organisationsarbeit und Diskussionen in Nürnberg, meist einmal die Woche. Bei Umbruch und Versand sind die Kräfte meist angespannt.

Wir hielten gute Zusammenarbeit mit den Genoss*innen der Gruppe International Dorfen und den Genoss*innen der Gruppe Arbeiterpolitik aufrecht. Es gibt Mängel, die hauptsächlich auf Kräftemangel zurückzuführen sind, besonders in Hinsicht auf Kommunikation, Vorplanung, Archivierung usw.

Die *Arsti* erschien wieder vier Mal und es beteiligten sich wieder eine Anzahl von Autoren, aus der Gruppe und aus ihrem Umfeld. Viele von uns sind noch in anderen linken Organisationen und in den Gewerkschaften tätig, solange sie altersmäßig dazu in der Lage sind. Es ist eben das Dilemma, dass wir kräftemäßig zu schwach sind, um vor allem in dortigen Jugendorganisationen, wie bei den Falken oder in der Linksjugend Solid werbend und einflussnehmend tätig zu sein. Ist auch die Systemfrage unser Hauptgebiet, so gilt es auch weiterhin, in die heutigen sozialen und antifaschistischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Auch in der gegenwärtigen Zwischenperiode, die von sozialer und kultureller Spaltung gekennzeichnet ist, können erste Bruchstellen entstehen, die zu nützen wären. Ein Beispiel ist die Linksentwicklung der Labour Party. Noch lebt der Widerstand; in Lissabon haben vor einigen Wochen einige Hunderttausend Portugiesen für den Sozialismus demonstriert!

Auch in dieser finsternen Zeit bleibt es also dabei – zäh bleiben trotz alledem!

Macrons Großmachtplan



In seiner Rede an der Pariser Universität Sorbonne vom 26. September, zwei Tage nach der Bundestagswahl, hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron dem deutschen Imperialismus nichts weniger als die gemeinsame Herrschaft über Europa und den Aufstieg zur Weltmacht als Militärblock vorgeschlagen. Ist das nur heiße Luft oder steckt ein reales Programm dahinter?

Sechs Schlüssel der Souveränität Europas

Unter der Überschrift „Initiative für Europa“ ruft Macron im Gewand einer „großen historischen Rede“ zu einer „Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europa“ auf – wohlgerne nicht der EU. Seine Begründung: „Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt, die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen“¹. Es gälte „darüber nachdenken, wie wir Europa stärker machen in der Welt, wie sie ist, und wie wir die sechs Schlüssel der Souveränität gestalten können“.

Zur „Welt, wie sie ist“ gehört für Macron in erster Linie, dass China aufsteigt und die USA absteigen. Zur Behandlung der Länder zwischen den beiden Weltmächten – soweit nicht in Europa – greift er auf den Begriff des „Terrorismus“ zurück, mit dem Europa fertig werden müsse. Vor diesem Hintergrund behandelt er die folgenden sechs „Schlüssel der Souveränität“, die „wir“ – und damit meint Macron vor allem Deutschland und Frankreich – gestalten müssten:

1. Militär: Europa müsse „selbständig handlungsfähig“ sein. Dazu braucht es einen Raum für „Cybersicherheit und Recht“ – NSA lässt grüßen. Mit der EU-Pesco-Gruppe² sei der Anfang gemacht. Es müsse aber noch viel mehr investiert werden und das bald. Vor allem fehle eine „gemeinsame strategische Kultur“. Und: „Zu Beginn des kommenden Jahrzehnts sollte Europa dann über eine gemeinsame Einsatztruppe, einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt und eine gemeinsame Handlungsdoktrin verfügen.“ Weiter will er eine „Europäische Akademie für nachrichtendienstliche Tätigkeit“ – d. h. die Herrschaft der angel-

1– Macrons Rede ist in Langform und als Zusammenfassung in Original und autorisierter Übersetzung auf der Website der französischen Botschaft abrufbar: www.ambafrance-de.org. Die im Beitrag zitierten Aussagen sind der Übersetzung der Langform entnommen.

2– Pesco (Permanent Structured Cooperation) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. Dies kann z.B. eine Synchronisierung der nationalen Streitkräftestrukturen oder die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte bedeuten, um langfristig die Gründung einer EU-Armee vorzubereiten. Am 13. November 2017 haben die Außen- und Verteidigungsminister von 23 der 28 EU-Staaten dem Europäischen Rat, dem Leitungsgremium der EU, mitgeteilt, in der „Verteidigung“ künftig gemeinsame Wege zu gehen.

- sächsischen Geheimdienste, die sich in der NSA-Affäre auch im digitalen Raum gezeigt hatte, soll beendet werden. Für „Bedrohungen“ innerhalb der EU soll schließlich eine Europäische Zivilschutztruppe geschaffen werden, die nach § 222 des Lissabon-Vertrags in EU-Ländern eingreifen kann, z. B. bei „Terrorgefahr“.
2. Unter dem Titel „Migration“ schlägt Macron eine Politik der Europa-Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika vor, mit Schwerpunkt Mittelmeerraum. Für eine Rückführungspolitik nach deutschem Vorbild will er nicht nur eine „Europäische Asylbehörde“ und eine „europäische Grenzpolizei“, sondern auch ein großes Bildungs- und Integrationsprogramm. Um aber die Migrationsströme zum Versiegen zu bringen müsse die europäische Außenpolitik sich auf Afrika konzentrieren.
 3. Daher müsse die begonnene „Partnerschaft mit Afrika (...) ein umfassendes Projekt“ werden. Als Beispiele für gemeinsame Aktionen nennt er Libyen und die Sahelzone (Mali!). Dabei schlägt er auch eine „Finanztransaktionssteuer“ vor, um mehr Geld in die „Entwicklungshilfe“ für Afrika und den technologischen Wandel³ investieren zu können und betont dabei: „Ergreift Europa diese Chance nicht, so werden andere es tun.“
 4. Unter dem Titel „Ökologie“ bündelt Macron ein Programm der staatsmonopolistischen industriellen Erneuerung im Energie- und Agrarbereich, die aber sozial abgefedert werden müsse.
 5. Im Zentrum der industriellen Erneuerung steht die Digitalisierung – „das fünfte Schlüsselement unserer Souveränität.“ Nach 1945 habe Europa zu den USA aufgeholt, das müsse jetzt wieder gelingen: „Lassen Sie uns in den kommenden zwei Jahren eine Europäische Agentur für radikal neuartige Innovationen gründen, so wie es die USA mit der DARPA bei der Eroberung des Weltalls getan haben.“⁴ Macron weist darauf, dass im Bereich der Digitalisierung nur das Recht des

Stärkeren gilt. Und: „Im Zentrum unserer Souveränität stehen hierbei die großen digitalen Plattformen und der Datenschutz.“

6. Eurozone: „Eine nachhaltige Wirtschaftsmacht kann nur mit Hilfe einer gemeinsamen Währung entstehen.“ Und: „Unsere Herausforderung inmitten der Eurozone besteht darin, herauszufinden, wie wir es schaffen, aus dieser Zone eine Wirtschaftsmacht zu machen, die mit China und den USA konkurrieren kann.“ Die Euro-Krise sei kein Argument gegen die Euro-Zone, denn: „Alleine die Eurozone mit einer starken und internationalen Währung kann Europa den Rahmen einer Weltwirtschaftsmacht bieten.“ Die Widerstandsfähigkeit gegen Krisen soll gesteigert werden. Hindernisse bei der Gestaltung



September 2017 gingen Hunderttausende auf die Straße gegen die geplante „Lockerung des Arbeitsrechts“.

dieser sechs Punkte seien auszuräumen durch eine Vereinheitlichung der Finanz- und Sozialpolitik – ausdrücklich ist dabei der Mindestlohn genannt –, zuerst zwischen Deutschland und Frankreich, denen sich dann andere Willige anschließen könnten. Bis 2020 sollen gemeinsame Steuersätze und „Kriterien für eine Sozialkonvergenz“ festgelegt werden. Macron nennt, was bisher Schäuble vorbehalten war, die Alternative zu seinen Vorschlägen: Krieg in Europa.

Zwei Tage nach der Bundestagswahl erinnert Macron Merkel damit an ihre und seine Konkurrenz von rechts: Entweder jetzt Europa-Nationalismus oder der alte Nationalismus gewinnt, mit dem weder Deutschland noch Frankreich aus der Rolle des Junior-Partners der USA herauskommen. Bis 2024 soll das Wirtschaftsrecht vereinheitlicht werden, das könne zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Januar 2018 beschlossen werden. Schließlich soll sich um die BRD und Frankreich eine Kerngruppe zur Erneuerung der EU bilden.

Wie ernst sind die Vorschläge Macrons zu nehmen?

Zunächst ist festzuhalten, dass er die strategischen Probleme der Finanzoligarchien beider Länder anspricht: Beide kommen – sollte diese Strategiealternative einmal erforderlich werden – ohne den anderen nicht aus der Unterordnung unter die USA heraus. Der deutsche Imperialismus ist spätestens seit den 70er Jahren der wirtschaftlich stärkste in Europa, und seit der Eurokrise 2010 auch politisch dominant. Er weiß aus der Erfahrung zweier Anläufe zur Weltmacht, dass es militärisch ohne Frankreich nicht geht. Die militärische Ebenbürtigkeit zu den USA kann aber nur im Einvernehmen mit Frankreich erreicht werden, wenn man nicht wieder auf das Glücksspiel der schnellen militärischen Unterwerfung Frankreichs setzen will, das schon zwei Mal zur völligen Niederlage geführt hat.

Frankreich ist aus der deutschen ökonomischen Dominanz auch mit dem Euro nicht herausgekommen. Die gemeinsame Währung sollte mal verhindern, dass die BRD-Wirtschaft im Zuge der Einverleibung der DDR Wettbewerbsnachteile auf dem Weltmarkt durch eine Abwertung ausgleicht. Das hat die Schröder-Regierung aber durch die Agenda 2010

3– Zur Bedeutung der Rohstoffe Afrikas für die Digitalwirtschaft vgl. Jörg Goldberg in der *jungen Welt* vom 9./10.12.2017.

4– Die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) ist eine Behörde des US-Verteidigungsministeriums, die Forschungs-Projekte für das US-Militär durchführt. Gegründet nach dem Sputnik-Schock hat DARPA Raum- und Luftfahrttechnik und dabei – unter dem Namen Arpanet – auch das Internet entwickelt.

unterlaufen, mit der die Lohnstückkosten in der BRD stagnierten, während sie in Frankreich stiegen. Seither versuchen die französischen Regierungen, erst unter Sarkozy, dann unter Hollande mit einer Agenda-ähnlichen Politik nachzuziehen, konnten diese aber nicht gegen die französische Arbeiterklasse durchsetzen.

Macrons Vorschläge kommen nun zu einer Zeit, in der die Leitindustrie der BRD, die Autoindustrie, in einer Schwächephase ist, nicht nur durch die Dieselkrise. An den Autoherstellern und -zulieferern hängt wiederum ein guter Teil des Maschinenbaus und der Chemieindustrie. Alle müssen in den nächsten Jahren die Produktion auf internetbasierte Abläufe umstellen – kurz: das Digitalthema bewältigen. Auf diesem Feld scheint sich eine starke Arbeitsteilung zwischen Frankreich und Deutschland herausgebildet zu haben, die nicht unbedingt zum Nachteil der Franzosen ausschlägt. Siemens z. B. hat französische Unternehmen aus dem Maschinenbaubereich übernommen, seinerseits aber den Unternehmensbereich IT-Dienstleistung SIS an den französischen IT-Dienstleister Atos abgegeben, der damit zu den Weltmarktführern aufschloss. Macron hat damals im Dienst der führenden französischen Geschäftsbank für Fusionen, Rothschild, die SIS-Atos Fusion organisiert. Macron ist auch, aber nicht nur durch seine Tätigkeit bei Rothschild eng mit der französischen Finanzelite vernetzt. In seine erste politische Tätigkeit als Referent der Attali-Wirtschaftskommission kam er über das Institut Montaigne, einen Think Tank, der vom Versicherungskonzern Axa gesponsert wird.

Es ist denkbar, dass der moderne Teil der französischen Finanzoligarchie die Zeit für einen Befreiungsschlag gekommen sieht. Was hätte sie von Macrons Initiative? Warum sollte sie dem Drängen der deutschen Eliten nach einer Europaarmee nachgeben?

Dem gemeinsamen Interesse, den USA und China ebenbürtig gegenüberzutreten stand bisher die ökonomische Dominanz Deutschlands entgegen. Um aus der heraus zu kommen will Macron mit seinem Vorschlag zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Zum

einen soll mit der Anpassung der Sozialsysteme der deutsche Agenda-Lohnstückkostenvorteil ausgeglichen werden. D. h. die französischen Sozialsysteme auf deutsches Niveau heruntersetzen und Deutschland zu einem Mindestlohn auf französischem Niveau zwingen. Der französischen Bevölkerung, die mehrheitlich mit dem Widerstand der Gewerkschafter gegen den Sozialabbau sympathisiert, soll das verkauft werden unter der Fahne des „Friedens- und Fortschrittsprojekts Europa“. Mit der euro-nationalistischen Demagogie der „Souveränität“ sollen die historisch fundierten Bedenken gegen eine Unterordnung unter Deutschland verdrängt werden. Zum anderen soll mit der Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts garantiert werden, dass Deutschland nicht wieder mit einem Agenda-Trick davonzieht.

Grundlage des „Friedensprojekt Europa“: Die cyber-militärische Infrastruktur

Zusammengenommen bedeutet die Initiative Macrons: Die deutsch-französische Militärzusammenarbeit, die bisher nur mit Hindernissen funktionierte, soll in Bewegung kommen. Dabei werden mit der Kräfteverschiebung im Finanzkapital beider Seiten, die durch den aktuellen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte ansteht, die Karten neu gemischt. Auch in diese Richtung zielt Macron mit dem Vorschlag einer starken Cyber-Rüstungs-Agentur nach Vorbild der DARPA. Die massive staatsmonopolistische Investition in eine von den USA unabhängige IT-Infrastruktur könnte den Euro-Raum stabilisieren im Fall der anstehenden zyklischen Krise, die angesichts der langanhaltenden Depression noch tiefer als vor 10 Jahren gehen dürfte.

Macrons Vorschlag ist dabei offensichtlich mit der französischen Finanzoligarchie abgesprochen. Auch die deutsche Finanzelite und ihre Sprachrohre in der Politik waren alles andere als überrascht und zum Dialog bereit. Mit Macrons Finanzminister Bruno Le Maire kam Anfang November zum ersten Mal ein französischer

Minister zu den Sondierungsgesprächen nach Berlin und berichtete breit im Handelsblatt vom 10. 11. mit wem er gesprochen hatte: Mit Altmaier natürlich, aber auch mit Spahn, Lindner, Özdemir und „dem deutschen Unternehmerverband“. Der französische Direktor der EU-Zentralbank EZB Coeuré sagte, ebenfalls im HB-Großinterview (22. 11.), dass ein gemeinsamer EU-Haushalt nötig sei, z. B. zur Finanzierung der „Verteidigung“.

Die Reaktionen des deutschen Polit-Personals waren geteilt, aber deutlich: SPD-Gabriel, nah am Gral der Standort-Sozialpartnerschaft in Wolfsburg, singt das Lied der europäischen Strategie in höchsten Macron-Tönen. Vom anhaltenden Widerstand gegen das 2 %-Rüstungsziel war nichts zu hören. Der CDU-Wirtschaftsrat formuliert die Bedenken: Wer soll das bezahlen? Das Handelsblatt, stets um ein kapitalgewichtetes Gleichgewicht in der Bourgeoisie besorgt, leitartikelte am 6. 12. zu den Aufgaben der künftigen Großen Koalition: Deutschland müsse sich aus der „Selbstlähmung befreien, bevor sich das durch Macron aufgestoßene Reformfenster wieder schließt.“

Dass Macrons Großmachtplan keine heiße Luft ist, wird sich spätestens auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar zeigen, die bisher von den USA dominiert war. 2018 ist sie auf die EU-Armee und „Cybersicherheit“ ausgerichtet. Siko-Chef Ischinger dazu: „Wir sind fast 500 Millionen Europäer und in Bezug auf den Schutz und die diplomatischen Initiativen, die für unsere Sicherheit unabdingbar sind, nach wie vor weitgehend abhängig von 330 Millionen Amerikanern. Das ist untragbar“⁵. Die Siko ist die wohl wichtigste Bühne des deutschen Imperialismus, um Anspruch auf seine Weltmachtrolle nach innen und außen zu erheben. Hier wurde das Schlagwort von der „deutschen Verantwortung“ lanciert. Mit dem Macron-Schlagwort der „europäischen Souveränität“, auf das Ischinger hinauswill, könnte die Rivalität zu den USA auf eine neue Stufe gehoben werden.

von Stephan Müller

Aus: Theorie und Praxis

Kontakt: TundP-box@web.de

www.theoriepraxis.wordpress.com

5– „More European, More Connected and More Capable“ – MSC-Bericht zur europäischen Verteidigungskooperation. <http://www.securityconference.de> 30.11.2017, zitiert nach german-foreign-policy.com vom 7.12.2017.

Tschechische Linke: Was nun?

Die Bürger der Tschechischen Republik hatten in den letzten vier Monaten dreimal zur Wahl zu gehen: am 20. und 21. Oktober vorigen Jahres wählten sie 200 Abgeordnete für die Abgeordnetenversammlung des Parlaments, dieses Jahr im Januar – in der ersten Runde am 12. und 13., in der zweiten Runde am 26. sowie 27. Januar – konnten sie ihr Staatsoberhaupt wählen. Für beide linken Parteien, sowohl die Sozialdemokraten wie die Kommunisten, waren die Ergebnisse fast katastrophal.

Das zeigten erstens die Zahlen. Hatte die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) in der vorherigen Legislaturperiode 50 Abgeordnete und stellte neben dem Ministerpräsidenten auch die Mehrheit der Regierungsmitglieder, „gewann“ sie jetzt ein Grüppchen von 15 Abgeordneten. Ähnlich verloren die Kommunisten (KSČM) 18 Abgeordnete und haben ebenfalls nur 15 neue. Noch eindrücklicher sind die absoluten Zahlen ihrer Wähler. Gemessen an der Zahl der Wähler des Wahlsiegers, der ANO-Partei des Billionärs Andrej Babiš, für die 1.500.113 Wähler gestimmt hatten, sind die 368.347 Stimmen für die Sozdem sowie die 393.100 für die Kommunisten fast lächerlich. (Besonders wenn man sieht, dass die Piratenpartei, die das erste Mal im Parlament erscheint, 546.393 Stimmen erhielt und die extreme Rechte – Partei der Direkten Demokratie – 538.574 Wähler gewann.)

Die Situation im Parlament ist zweitens für die Linke auch deshalb völlig neu, weil sie, mit ihren zusammengerechnet 30 Parlamentariern, von der rechten Mehrheit nicht „ernst“ genommen wird. Außerdem hat der Vorsitzende der ANO-Partei einen sehr ernstzunehmenden Verbündeten gefunden – nämlich den wiedergewählten Präsidenten.

Miloš Zeman, obwohl einst Vorsitzender der Sozialdemokraten, ist politisch („gedanklich“) eigentlich nie ein Linker gewesen. Besonders in den letzten Jahren seiner sechsjährigen Amtsperiode zeigte er wie machthungrig er ist. Da die Verfassung dem tschechischen Präsidenten keine große reale Macht zuschreibt, versucht er ihre

mögliche Lücken soweit auszulegen wie möglich. Daher erlaubt er seinem freundlichen Verbündeten, dem Sieger der letzten Wahlen, eine unbegrenzte Zeitspanne zu nutzen, um seine Regierung zu formieren. Da zuerst keine der im Parlament vertretenen Parteien willens war mit seiner ANO-Partei zusammenzuarbeiten und der Billionär das nötige Vertrauensvotum nicht erreichte, musste er abdanken und einen zweiten Versuch unternehmen. Es gilt als sicher, dass sowohl der Präsident als auch Andrej Babiš alles in ihrer Macht stehende tun werden, um diesen zweiten Versuch erfolgreich beenden.

Es ist allerdings eine langwierige und schwierige Bemühung. Die Parteien der Rechten bestehen weiterhin auf der Ablehnung der ANO-Partei. Es erscheint daher ziemlich sonderbar, dass es zwei ganz verschiedene Parteien gibt, die zwar der ANO-Führer nicht in seine Regierung aufnimmt, deren Unterstützung er jedoch zu gewinnen versucht: es sind dies einerseits die Kommunisten, andererseits die extreme Partei der Direkten Demokratie. Die Kommunisten verfolgen mit ihrer erklärten parlamentarischen Zusammenarbeit offensichtlich zwei Ziele. Da sie nicht der Regierung beitreten können – keiner Regierung in der Republik, da ihre außenpolitische Zielsetzung wie Ausstieg aus der NATO und nicht unbedingt Mitgliedschaft in der EU von keiner anderen politischen Partei akzeptiert würde – sind sie doch imstande für die von der Billionärspartei in der Abgeordnetenversammlung vorgeschlagenen Gesetze zu stimmen. Dies gilt besonders wenn sie im voraus die mit dieser Partei abgesprochenen Sozialmaßnahmen betreffen. Im Grunde wird jedoch die KP an eine Regierung gebunden, die keine linke Politik betreibt.

Eine ähnliche Falle steht für die Sozialdemokraten bereit. Nach der Wahlkatastrophe wurden in der Partei viele Stimmen laut, es sollten zuerst Gründe analysiert werden, warum das Wahlergebnis das schlimmste in der jüngsten Geschichte war. Doch der eintägige (!) Kongress, der am 18. Februar stattfand, begnügte sich mit der Wahl einer neuen Parteispitze – d. h. des Vorsitzen-

den und seines Stellvertreters – und verschob gründliche Änderungen auf den 7. April. Es scheint wahrscheinlich, dass dann ein neugewähltes Zentralkomitee die „alte“ Politik fortführen wird und diejenigen Mitglieder, die eine radikale Wende vorschlugen, nur eine Minderheit bleiben. Wie notwendig jedoch tiefgreifende Änderungen innerhalb der Partei sind zeigt u. a. eine lange Analyse des ehemaligen ersten Stellvertreters des Parteivorsitzenden Karel Machovec, die am 21. Februar online veröffentlicht wurde.

Machovec glaubt die meisten Gründe des miserablen Wahlergebnisses in der Vergangenheit zu finden. Ein wichtiger ist der allmähliche Verlust des Einflusses der Basis auf die Politik der Führung sowie die Verbreitung der Korruption. Deshalb ist es nötig die innerparteiliche Demokratie wieder herzustellen. Soll die neue Führung in der Erneuerung erfolgreich sein, sind auch folgende Bedingungen zu nennen: ein modernes, neues, langfristiges Programm, eine erneuerte politische Diskussion und zumindest eine Teilerneuerung des Parteipersonals.

In der Zwischenzeit begann die neue Spitze – der neue Vorsitzende sowie sein Stellvertreter – mit der Regierung („Regierung in Demission“) zu verhandeln. Obwohl zuerst mögliche Programmpunkte diskutiert werden, worauf beide Seiten übereinstimmen könnten – unabhängig davon hat der Ministerpräsident, getreu seinem populistischen Programm, bereits Erhöhung der Altersrenten und ähnliche Sozialmaßnahmen angekündigt – würden die Sozialdemokraten gerne einige Ministerien besetzen. Auf diese Weise möchten sie in der Öffentlichkeit auftreten. Es wird ein langer, schwieriger Weg. Auf jeden Fall wird es eher Monate als nur Wochen dauern. Sollten sie einigen Erfolg haben, werden sie die Ergebnisse den Parteimitgliedern in einem Referendum vorlegen. Niemand weiß, wie die breite Mitgliedschaft entscheiden wird. Es wird eine Entscheidung nicht nur über eine mögliche Regierungsbeteiligung, sondern auch über die, zumindest nächste, Zukunft der Sozialdemokratischen Partei sein.

Štěpán Steiger

Sozialismus der Steppe

Der zweite sozialistische Staat der Erde: die Gründung der Mongolischen Volksrepublik



Die Quellenlage zur mongolischen Geschichte vor und zur Gründungszeit der Volksrepublik ist sehr dünn und schwer zugänglich. Die Faktendarstellung bezieht im Wesentlichen deutsch- und englischsprachige Wikipedia-Einträge¹ ein, wobei die Darlegung diejenigen Entscheidungsstränge, ihre Ursachen und Zusammenhänge in das Zentrum stellt, die auf den Umsturz der alten Verhältnisse gerichtet sind. Für die Auswertung der Fakten und die politischen Folgen übernimmt der Verfasser die Verantwortung.

Was macht ein Gebiet, das so rückständig und abgelegen ist wie kein zweites, zu einem Staat, der eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen will? Eine der erstaunlichsten Auswirkungen im Durchsetzungsprozess der Oktoberrevolution hat sich im Fernen Osten gezeigt, als die Gründung eines Nationalstaats in die Proklamation der Mongolischen Volksrepublik mündet.

Die Anfänge einer Nation

Die alten Bezeichnungen für die Siedlungsgebiete der Mongolen sprechen Bände: die „Äußere“ wie die „Innere“ Mongolei geben die Perspektive Chinas wider. Die Qing-Dynastie, die Herrschaft der Mandschu in China, hatte ihre Einflussphäre seit dem 17. Jahrhundert über die Kernregionen der Han-Chinesen hinaus nach Norden und Westen (Tibet) ausgedehnt. Die russische Expansion nach Osten macht es schließlich notwendig, die Interessen beider Seiten genauer abzustecken. So gerät eine Region in den Schnittpunkt expansionistischer Ansprüche Chinas und Russlands, die selbst extreme Bedingungen aufweist. Die (spätere) Mongolei umfasst knapp 1,6 Millionen km² (= das viereinhalbfache der Größe der BRD), in ihr leben um 1900 etwa eine halbe Million Menschen, die als Tierzüchter und Hirten ihre Herden von Weideplatz zu Weideplatz treiben. Ackerbau ist

wegen der mehr als sechsmonatigen Vegetationsruhe und Wintertemperaturen von –40° C kaum möglich. Nomadisches Denken und Handeln in Stämmen und Familienverbänden prägt die spärliche Existenz der Menschen. Der tibetische Buddhismus hatte sich erst im 16. Jahrhundert gegen indigene Religionsformen und den Islam durchgesetzt, Hunderte von Klöstern nahmen einen großen Teil der heranwachsenden jungen Männer auf, Schätzungen sprechen von 40 %. Im engen Korsett zwischen den Vorgaben der Stämme und denen der religiösen Autoritäten, den Zwängen der ärmlichen Viehweidewirtschaft und den Abgabeleistungen an den (Grund-) Adel führte die große Mehrheit der Mongolen ein hartes, dafür aber umso kürzeres Leben. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von 22 Jahren wird für das Jahr 1921, das Gründungsjahr der Republik, genannt.

1911 bricht die Qing-Dynastie und damit die monarchische Herrschaft in China zusammen. Rebellionen begleiten die Auflösung der chinesischen Unterdrückungsordnung in den riesigen nördlichen Außengebieten. Mit der Lockerung und der formalen Ablösung chinesischer Staatsgewalt in der „Äußeren Mongolei“² wird zugleich der mongolische Siedlungsraum gespalten. In der „Inneren Mongolei“ werden die Unabhängigkeitsbestrebungen vom neuen Kriegsherrn Chinas, Yuan Shikai,

1– Folgende Wikipedia-Artikel wurden in die Darstellung einbezogen:

Mongolei (deutsch)	Mongolische Volkspartei (d)
Geschichte der Mongolei (d)	Mongolische Volksrepublik (d)
Economy of the Mongolian People's Republic (englisch)	Russischer Bürgerkrieg (d)
Mongolia (1911-24) (e)	Tschechoslowakische Legion (d)
Mongolian People's Republic (e)	Chorloogin Tschöibalsan (d)
Mongolian Revolution of 1921 (e)	Damdiny Süchbaatar (d)
Mongolische Revolutionäre Volksarmee (d)	Pelschidiin Genden (d)
	Roman von Ungern-Sternberg (d)

2– Aufständische Khalka-Mongolen, die nur den Qing verpflichtet waren, vertreiben chinesische Verwaltung und Militäreinheiten, die von der neuen chinesischen Republik entsandt worden waren.

ausgemerzt. Dies gelingt deshalb, weil Mitglieder der adligen mongolischen Führungskaste Grundbesitz sowohl in der Mongolei als auch im Kernland Chinas besitzen und die Unabhängigkeit deshalb unabsehbare Folgen für deren Eigentum bedeuten kann.

Die (äußere) Mongolei wird im September 1911, unter Beibehaltung der theokratisch-feudalistischen Ordnung, unabhängig. Ein buddhistischer Lama wird mit dem Titel Bogd Gegen Khan Staatsoberhaupt und bleibt dies bis zu seinem Tod 1924 mit kurzen Unterbrechungen. Fortschritte in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gibt es für die Zeit bis zur sozialistischen Revolution nicht.³

Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Viehhirten und -züchtern, die als Nomaden Herden, die größtenteils Adeligen und Klöstern gehören, über die kargen Böden des Landes führen. Arbeitsfähige Männer werden von den Klöstern absorbiert und die Bevölkerung ist analphabetisch. Was nach einer sozialen Revolution schreit, wird in einer rückwärtsgewandten Herrschaftsform paralytisiert, die Herdenbesitzer, buddhistischen Klerus und die vorwiegend chinesischen Monopolisten des Banken-, Handels- und Dienstleistungssektors vereint.

Das zaristische Russland unterstützt aus strategischen Gründen die mongolische Unabhängigkeit gegen China, in Einzelfällen auch mit Waffen. Diese setzen mongolische Gruppen gegen einzelne chinesische Siedlungen ein, wobei sie Händler vertreiben und mehrheitlich töten. Damit sind auch die Schulden bei den Chinesen „getilgt“. Die rabiate und urwüchsige Form eines sozialen Aufbegehrens findet keine Fortsetzung, vor allem können weder die verlassenen Bergwerke noch die landwirtschaftlichen Anbauflächen genutzt werden. Es fehlen schlicht und einfach die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Weiterführung der Betriebe durch Mongolen. Die Kämpfe erweisen sich als spontane Aufstände gegen die soziale Unterdrückung, deren Ziel mit der Vernichtung des Gegners erreicht ist.

Russland hatte bereits 1907 in einem Geheimabkommen seine Interessen mit Japan⁴, die mongolischen Gebiete betreffend, abgesteckt. 1912 schließen beide Länder einen Folgevertrag über die Interessensphären in der Inneren Mongolei. Japan und China stecken 1915 ihre gegenseitigen Ansprüche auf die südliche Mandschurei und den Ostteil der Mongolei ab. Im Geschacher der Regionalmächte Russland, China und Japan bleibt, trotz aller Konflikte zwischen den Ländern, die Mongolei Verhandlungsmasse und Spielball, ohne eigene Interessen durchsetzen zu können.

Das Ende des Weltkrieges

1917 siegen die Bolschewiki in Russland, der Weltkrieg ist damit im Osten vorbei. Im Gefolge des



Parade der Tschechoslowakischen Legion 1918

Friedensvertrages mit Deutschland kommt das revolutionäre Russland mit der Entente überein, die im Land stationierten und kämpfenden Angehörigen der tschechoslowakischen Auslandsarmee⁵ nach Frankreich zu

überführen, damit sie dort den Krieg auf der Seite der Entente weiterführen können. Beide Seiten vereinbaren, dass der Weg nach Frankreich über den Fernen Osten und die USA führen soll.⁶

Die offizielle Begründung ist die Sicherheit der Truppe, die bei einem Abzug nach Westen wegen der dort aufflammenden Nachkriegskämpfe und des beginnenden Bürgerkriegs nicht mehr gewährleistet sei. Die Bolschewiki müssen befürchten, die Auslandsarmee könne zugunsten der weißen Truppen eingreifen, die Entente befürchtet, die Soldaten könnten mit Sympathien für die sozialistische Revolution zurückkommen. Damit werden sie zum Unsicherheitsfaktor.

Auf dem Papier gelingt es der sowjetischen Verhandlungsseite, die Neutralität der Fremdstuppen in der russischen Auseinandersetzung zu vereinbaren und die Bewaffnung zu minimieren. Die abziehenden Kontingente sollen auf nicht kampffähige Größenordnungen reduziert werden. Weil die militärische Führung der Tschechoslowaken gegen diese Bestimmungen von Anfang an verstößt, befiehlt Trotzki, die Soldaten zu entwaffnen und bei Gegenwehr zu erschießen.

Innerhalb weniger Wochen wird die tschechoslowakische Armee zur Kriegspartei, die wahllos auf der Seite russischer Antibolschewisten eingreift und den Bürgerkrieg sukzessive – da ihr eigentliches Ziel in Wladiwostok liegt – nach Osten trägt. Schwache bolschewistische Kräfte

3– So spricht der Artikel „Economy of the MPR“ davon, dass die Mongolei bis 1921 von einer unterentwickelten, stagnierenden Wirtschaft auf der Basis nomadischer Viehhaltung geprägt war. Landwirtschaft und Industrie seien kaum existent gewesen, Transport und Kommunikation zurückgeblieben.

4– Japan baute ab 1905 die südmandschurische Eisenbahn, die 1909 die Grenze der „Inneren Mongolei“ erreichte.

5– Die tschechoslowakische Freiwilligenarmee war von Exilanten gebildet worden, um die Unabhängigkeit des Landes gegen Österreich-Ungarn zu erkämpfen. Dafür sollte sie an mehreren Fronten gegen die Mittelmächte eingesetzt werden. Knapp 10.000 Soldaten, je zur Hälfte bestehend aus Exilanten und Überläufern von der Balkanfront, standen in Frankreich, wesentlich weniger ab 1917 in Italien. Das weitaus größte Kontingent dieser Truppe befand sich in Russland. Aus ursprünglich 1.000 Mann, in der zaristischen Armee integriert, wurden bis Ende 1917 mit Einbeziehung tschechoslowakischer Kriegsgefangener ca. 35.000 bis 50.000 Soldaten in eigenständigen Einheiten.

6– 1918 waren japanische und britische Verbände als Vorhut in Wladiwostok gelandet, kurze Zeit später folgte ein Expeditionsheer mit 8 000 Soldaten aus den USA. Sie sollten den Nachschub für die weißen Verbände ebenso wie die zaristischen Waffendepots gegen die Bolschewiki sichern und weitere konterrevolutionäre Eingriffe wie die Gründung einer (japanischen) Küstenrepublik flankieren. Schließlich begründeten die Invasoren ihre Anwesenheit auch mit dem Argument, den Abzug der tschechoslowakischen „Freiwilligen“ sicherzustellen.

sind, statt im Westen in den Bürgerkrieg eingreifen zu können, an der Route der Transsibirischen Eisenbahn militärisch gebunden und werden in der Auseinandersetzung mit den gedrillten, kompakten Truppen der Armee zerrieben. Der mittlere und fernere russische Osten wird Feindesland, das bedeutet Rückzugsgebiet und Reorganisationsraum der Weißen. Verschiedene „Staats-“ und Autonomiegründungen auf dem Weg nach Osten legen davon Zeugnis ab.⁷

Die Folgen für die Mongolei

Nach 1915 wird der Einfluss Russlands in der Mongolei kriegsbedingt schwächer, China erobert Machtpositionen zurück. Mongolische Tributleistungen an China zeigen eine Unterwerfung wie früher an. Die Oktoberrevolution stört den Bogd Khan auf, so dass der chinesische Hochkommissar Chen Yi mit dem Einverständnis der mongolischen Regierung die Entsendung eines Bataillons aus Peking veranlasst. Im August 1918 kommen die chinesischen Truppen in Urga, dem späteren Ulan Bator, an. Gleichzeitig versucht der antibolschewistische Führer der Baikalkosaken, Gregori Semjonow, einen unter seiner Führung stehenden panmongolischen Staat der Burjäten Russlands und der Mongolen zu schaffen. Der doppelte Druck aus dem Norden und dem Süden spaltet die adelige Führungskaste in der Mongolei; ein Teil sucht sein Heil darin, die Chinesen erneut zur offiziellen Machtübernahme aufzufordern. Diese Fraktion setzt sich schließlich durch und lässt unter entwürdigenden Umständen ihren „Herrscher“, den Bogd Khan, sich Chinas Hochkommissar und dessen Hoheitszei-

chen unterwerfen. Im Januar 1920 hat, aus der Perspektive der chinesischen Machthaber und der mongolischen Stammesführer, der mongolische Staat aufgehört zu existieren, weil er disfunktional geworden bzw. geblieben war.

Lediglich zwei kleine Widerstandsgruppen gegen den Anschluss an China formieren sich. Vertrieben durch chinesische Truppen, organisieren sie sich, anfangs unabhängig voneinander, in Rückzugsräumen bis Sibirien. Die Gruppen „Ost-Urga“ unter

der. Die Sūchbaatar-Fraktion vertritt stärker die Idee der Unabhängigkeit, die auf einem neuen, schwach entwickelten Nationalismus fußt. Die Tschöibalsan-Anhänger bringen den Gedanken der sozialen Revolution ein. Doch in beiden Lagern ist die ideologische Ausrichtung vorerst nachrangig und wird vom gemeinsamen Ziel, die Fremdbestimmung abzuschütteln, überlagert.

Bedeutsam für das Gelingen der gesellschaftlichen Umwälzung ist die Hilfe der russischen Revolutio-



Links Damdin Sükhbaatar, der „Held der mongolischen Revolution“, rechts Khorloogiin Tschöibalsan, Revolutionär der ersten Stunde und Parteiführer bis 1952

dem jungen Sūchbaatar⁸ und „Consular Hill“ unter dem intellektuellen Lama Boodoo und dem aus einfachen Verhältnissen stammenden Militär Tschöibalsan⁹ suchen militärische und schließlich auch politische Hilfe bei den Bolschewiki, nachdem der Bogd Khan jegliche Unterstützung gegen die chinesische Übernahme verweigert. So klein beide Gruppen gewesen sein mögen¹⁰, so spiegeln sie doch unterschiedliche Beweggründe der mongolischen Revolutionäre wi-

näre, die gleichzeitig im Bürgerkrieg um das Überleben der neuen Gesellschaftsordnung ringen. Nach anfänglichem Zögern sichert das (in Gründung befindliche) Komintern-Sekretariat für den Fernen Osten einer fünfköpfigen mongolischen Delegation in Irkutsk Militärausbilder und bescheidene Waffenhilfe zu. Während die Bewilligung und Durchführung sehr schleppend verlaufen, tritt in der Mongolei eine neue Verschärfung der Situation ein. Das Land gerät in den Fokus der russischen Weißen Armee.

7– So etwa die „Provisorische Regierung Sibiriens“ unter Wologodski in Omsk 1918 oder die „Küstenrepublik“ 1921 unter japanischer Herrschaft

8– Süchbaatar, der „große Held der mongolischen Revolution“, trat 1911, mit 18, in die neue Armee ein, bewährte sich in den Grenzkonflikten mit China und wurde 1918 entlassen. Außerhalb der offiziellen Strukturen führte er eine Gruppe von etwa 50 Mitkämpfern an.

9– Tschöibalsan, der Mitbegründer der Mongolischen Revolutionären Volksarmee, galt nach dem Sieg in der Mongolei als Anhänger der sowjetischen Politik und von Stalin im Besonderen. Er bestimmte die politische Ausrichtung des Landes als Partei- und Regierungschef ab 1936 bis 1952.

10– Die Vereinigung beider Gruppen 1921 zur Mongolischen Revolutionären Volkspartei und der Zusammenschluss zur Mongolischen Revolutionären Volksarmee bedeutete anfangs eine Größenordnung von 400 Mann.

Der russische Bürgerkrieg im Fernen Osten

Semjonow, der Kosakenführer im Osten, kämpft seit 1917 gegen die Bolschewiki in Sibirien mit dem Ziel, ein Ostreich als Zusammenschluss regionaler Völker unter seiner Führung zu schaffen. Als Feindbilder

fungieren die revolutionären Russen ebenso wie die Chinesen. Die zeitliche Überschneidung der Kriegseignisse in Russland mit dem Umbruch in China gibt dieser separatistischen Zielstellung eine sonst unvorstellbare Chance, damit werden weitere Abenteuer und Desperados angelockt. Der skrupelloseste unter ihnen ist der deutsch-baltische Baron Roman von Ungern-Sternberg¹¹, der im Krieg als Haudegen an allen Fronten Russlands kämpfte. Er hatte schon früh seine Neigung zu östlichen Kulturen entdeckt und sah in den gehorsamen und furchtlosen reitenden mongolischen „Freiwilligen“, die zu einem hohen Anteil mit Erpressung und Drohungen gewonnen und bei Befehlsverweigerung erschossen wurden, das Gegenbild zu den Russen, die ihre zaristische Herrschaft abschütteln oder dies zulassen, sowie zu den Juden.

Nach 1917 folgt Ungern seinem Kameraden Semjonow in den Fernen Osten. Beide sind nach der Revolution damit beschäftigt, aus einem Stützpunkt im russisch-mandschurischen Grenzgebiet heraus revolutionäre russische Truppen zu bekämpfen und zu „entwaffnen“, was bedeutet: zu liquidieren. Ab August 1918 ändern sich die Voraussetzungen und damit ihre Ziele. Die japanische Intervention im Fernen Osten und die kämpfenden tschechoslowakischen Truppen öffnen den weißen Soldaten Semjonows und Ungerns ganz Ostsibirien. Die riesige Region östlich des Baikalsees wird besetzt, Semjonow beansprucht die Führerschaft. Ungern wird Kommandant der Region Daurien, östlich des Baikal mit einer Nord-Süd- und einer West-Ost-Er Streckung von jeweils 1.000 km. Er plündert die erreichbaren Orte, kujoniert die einheimische Bevölkerung, greift zu willkürlichen und tödlichen Strafen für selbst verhängte „Vergehen“ und zwingt die jungen Männer und Kinder in seine Reiterarmee. Er lebt mit seiner Truppe davon, Züge der Transsibirischen Eisenbahn zu überfallen und auszurauben. Grausame Rache übt er an allen Fahrgästen, die er für Rote oder Juden hält. Im fortschreitenden Bürgerkrieg, als keine Gefangenen mehr gemacht oder ausgetauscht wurden, werden

die Opferzüge nach Osten, besetzt mit Gefangenen jeglicher Herkunft, zum Todesurteil für Zehntausende. An Ort und Stelle werden sie von Ungerns Soldateska ermordet. In diese Verbrechen sind nicht nur Ungern-Sternberg und Semjonow, sondern neben anderen weißen Heerführern auch sämtli-



Roman von Ungern-Sternberg,
der "blutige Baron"

che Interventionsstreitkräfte der (Ex-)Alliierten zutiefst verstrickt.

Die Revolution in der Mongolei

1920 gelingt es der Roten Armee mehr und mehr, Russland gegen die Weißen unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Herbst 1920 ist das Gebiet jenseits des Baikal das letzte große, zusammenhängende Territorium der Konterrevolution – ihre Tage sind gezählt. Ungern erhält einen Hilferuf ausgerechnet des mongolischen Bogd Khan, der sich durch die drohenden chinesischen Reformen in seinem gesellschaftlichen Einfluss beschnit-

ten sieht. Er nimmt diese Einladung auf seine Weise gern an. Mit seiner Truppe, etwa 1.500 Mann, zieht er an die mongolische Grenze, besetzt den Ort Aksha als neuen Stützpunkt und greift, verstärkt durch einige hundert tibetische Reiter des 13. Dalai Lama, die in der Hauptstadt Urga stationierten chinesischen Truppen an. Gegen die vierfache Übermacht der Chinesen hilft vor dem Wintereinbruch nicht einmal die militärische Skrupellosigkeit Ungerns. Er begreift sich, da seine antibolschewistische Mission in Russland gescheitert ist, als Warlord, der nur mehr gegen Geld und auf eigene Rechnung handelt.

Ein zweiter Angriff im Januar/Februar 1921 bringt ihm den Erfolg auf der ganzen Linie. China räumt alle Garnisonen in der Mongolei, der Bogd Khan lässt sich von Ungern wieder auf seinen angestammten Thron zurückführen. Als Gegengabe erhält Ungern diktatorische Rechte im Land und nutzt sie umfänglich aus. Eine Terrorherrschaft überzieht das Land. Mord ist sein Mittel gegen politische Gegner und rassisch „Minderwertige“, seine Truppen plündern die mongolische Bevölkerung nach seinen Befehlen. Erneut werden junge Männer zwangsrekrutiert, um seine Armee für diverse militärische Abenteuer aufzufüllen. Im Mai 1921 greift er sowjetisches Territorium an; er wird aber nach einigen Wochen entscheidend zurückgeschlagen.

Im Herbst 1920 waren die mongolischen Emissäre inzwischen in Moskau. Sie waren mit einer sowjetischen Hilfszusage und dem Auftrag, den Partei- und den Armeeaufbau voranzutreiben, in die Mongolei zurückgesandt worden. Angesichts der zunächst gescheiterten Offensive Ungerns verzichteten die Sowjets darauf, eine Armee zu entsenden. Erst nach dessen Erfolg und der Machtübernahme 1921 handeln mongolische Revolutionäre und die Sowjets rasch, entschlossen und einig. Im Februar beschließt die Komintern in Irkutsk, den Kampf des mongolischen Vol-

¹¹ Ungern-Sternberg verkörperte das Idealbild des antibolschewistischen Todfeindes. Disziplinos und eigenmächtig lebte er seine soldatischen Gewaltphantasien in unverbrüchlichen Männerbünden aus. Nur das in seinen Augen Starke hat ein Überlebensrecht, jeder "Verrat" ist todeswürdig. Einschließlich seines Judenhasses vertrat er ein faschistisches Weltbild, dessen rassistische Koordinaten zwar leicht verschoben waren, das aber nichtsdestoweniger auf Ausmerzung des Feindes zielt.

kes mit allen benötigten Mittel zu unterstützen. Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei wird auf einem ersten Parteitag organisatorisch und programmatisch zusammengeschlossen durch Proklamation eines Zentralkomitees und eines Parteiprogramms. Von der Partei geht die Konstituierung der Armeeführung aus. Zehn Tage nach dem Parteitag bilden die Revolutionäre eine provisorische Regierung, besetzen die verlassenen chinesischen Garnisonen und rufen alle Mongolen dazu auf, sich gegen die weißen Truppen Ungerns zu bewaffnen. Ein Volkskongress soll die künftige Regierung wählen. Der Hof des Bogd Khan verbreitet seine Propagandaaufrufe, die Revolutionäre wollten den mongolischen Staat zerstören¹² und die Grundlagen des Buddhismus vernichten.

Die Kräfteverhältnisse in der Mongolei kippen zugunsten der Revolutionäre, deren Programmatik mehr Menschen in den Siedlungen erreicht als die Tiraden des Bogd Khan, dessen politisches Lavieren um des Machterhalts willen offenkundig und öffentlich geworden ist. Sowjetische Truppen und Hilfslieferungen kommen ins

Land, als China die Gespräche mit der Sowjetregierung abbricht. Ende Juni 1921 werden Ungerns Truppen nach dessen gescheitertem Angriff in der Mongolei attackiert, die mongolische Volksarmee besetzt zusammen mit sowjetischen Verbänden Urga. Ein Albdruk wird von den Mongolen genommen, Ungerns eigene Truppen liefern ihn an die Rote Armee aus. Nach einem Militärprozess wird Ungern in Nowosibirsk verdienstermaßen umgehend erschossen.

Die Revolutionäre verkünden in einem Brief an den Bogd Khan, dass die Macht ab sofort in den Händen des Volkes liege. Für das politische Desaster seien das Versagen der bisherigen Führer und eine überkommene Ordnung verantwortlich, die nicht mehr zeitgemäß seien. Alles, mit Ausnahme der Religion, werde verändert werden. Diese Ankündigung wird zwei Tage später mit einer neuen revolutionären Regierung und dem Ex-Bogd Khan als repräsentativem Monarchen umgesetzt.

12 Dies ein Jahr, nachdem derselbe Bogd Khan sich der chinesischen Oberhoheit über die Mongolei unterworfen hatte

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 198 Winter 2017/2018, 40 S.

- Das bedingungslose Grundeinkommen
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Bundestagswahlen 2017
- Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand
- Nordkorea und die Atombombe
- Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus
- Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren

Nr. 197 Herbst 2017, 32 S.

- Zur Bundestagswahl
- Die AfD vor der Bundestagswahl
- Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel
- Das Kreuz mit der Tarifeinheit
- Geist der Wehrmacht
- Soziale Bauernrevolution
- Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich

Nr. 196 Sommer 2017, 36 S.

- Nachbetrachtung zur NRW-Wahl
- Oktoberrevolution und Sowjetunion
- Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika
- Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen
- Der Traum der Revolution
- Nachruf auf Theodor Bergmann

Nr. 195 Frühjahr 2017, 40 S.

- Eine Schwalbe macht keinen Sommer
- Fakten über den Brexit
- Israelische Einmischung in die britische Politik
- 100 Jahre Oktoberrevolution
- Zur Rolle Kerenskis in der russischen Februarrevolution
- DKP nach dem 21. Parteitag
- Erklärung zum Syrienkrieg
- Deutsche Befindlichkeiten
- Zum Briefwechsel von Käthe und Hermann Duncker
- Marxismus und Utopie

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Zu den Wahlen in Chile Wenn sich zwei streiten ...

In einem Klima der Agonie des Mitte-Links-Bündnisses Nueva Mayoría (Neue Mehrheit, NM) fanden im November 2017 eine Reihe von Wahlen statt. Kurz vor Weihnachten konnte schließlich der rechte Präsidentschaftskandidat die Stichwahl für sich entscheiden. Die sozialistische Präsidentin Michele Bachelet muss daher zum zweiten Mal ihre Amtsgeschäfte an Sebastián Piñera übergeben. Glücklicherweise verfügt er bisher über keine parlamentarische Mehrheit.

Wie konnte es dazu kommen? Chile ist inzwischen ein weitgehend entpolitisiertes Land. Dafür gibt es verschiedene Gründe, die sich gegenseitig verstärken. Am Anfang stand die Strategie der Militärdiktatur die Menschen mit dem Tratsch über Prominente auf andere Gedanken zu bringen. Heute wird das von den privaten Massenmedien fortgeführt, als Verstärker wirkt dabei der Neoliberalismus.

Ein weiterer Punkt ist die Perspektivlosigkeit. Sollte das bestehende ökonomische System ernsthaft in Frage gestellt werden, ist wieder mit einem Militärputsch zu rechnen. Das will niemand! Bisher gibt es keine Idee wie das zu verhindern wäre. Auch dieser Umstand trägt zur Entpolitisierung bei.

Nicht vergessen werden darf die Korruption. Man hat den Eindruck, dass die gesamte Gesellschaft in diesem Sumpf versinkt. Dieses Bild zeichnen zumindest die Massenmedien. Für den einfachen Bürger ist es schwierig festzustellen, wann tatsächlich ein Fehlverhalten vorliegt. Die rechten Medien, Linke gibt es nur am Rande, benutzen dieses Argument auch gerne im Kampf gegen ihre politischen Gegner. So klebt an Michele Bachelet der Fall Caval, in dem ihr Sohn die Hauptrolle spielt.¹ Auch neue Akteure sind schnell mit solchen Vorwürfen konfrontiert. Die Nutzung eines Privatjets durch Marco Enríquez-Ominami (MEO), er war vor einigen Jahren der Star der Progressiven außerhalb der NM, scheint ein Fall von illegaler Wahlkampffinanzierung zu sein.²

Ökonomisch machte der sozialistischen Präsidentin das Fallen des Kupferpreises zu schaffen. In den ersten drei

Jahren ihrer Amtszeit verringerte sich sein Wert von knapp 7.000 USD/t auf ca. 5.000 USD/t.³ Die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten – dieses Metall ist immer noch das Rückgrat der chilenischen Wirtschaft – führten die Konzernmedien auf Fehler der Regierung zurück, nicht auf den von ihnen sonst so gelobten freien Markt.

Diese Medien produzierten auf allen Gebieten eine Hasskampagne gegen die angeblich linke Regierung. Gestützt auf christdemokratische Politiker wurde behauptet, dass die Kom-

In diesem Feldzug wurde der kreuzbrave Kandidat des Regierungslagers mit dem venezolanischen Präsidenten Maduro in Verbindung gebracht. Dem schloss sich die Behauptung an, dass nach seiner Wahl Chilezuela droht, mit all den Schwierigkeiten die die Menschen in Venezuela heute haben.

Für diese Kampagne lieferte auch eine internationale Organisation die Munition. Im Januar 2018 entschuldigte sich die Weltbank, dass die Zahlen Chiles in einem viel beachteten Ran-

Links regiert? Runterstufen!

Die Weltbank hat ein viel beachtetes Ranking manipuliert

München – Eine Sozialistin als Regierungschefin in Chile? Das hat einigen Mitarbeitern der Weltbank offenbar nicht gepasst. Seit dem Amtsantritt von Präsidentin Michelle Bachelet im Jahr 2014 soll die Institution das südamerikanische Land in einem Ranking für Unternehmerfreundlichkeit absichtlich schlecht eingestuft haben. Das berichtet das *Wall Street Journal*. Der Chefökonom der Weltbank, Paul Romer, sagte dem Blatt: „Ich möchte mich persönlich bei Chile und bei jedem anderen Land, von dem wir einen falschen Eindruck erweckt haben, entschuldigen.“ Die Einstufungen der vergangenen vier Jahre würden erneut überprüft und korrigiert. Tatsächlich habe sich Chiles wirtschaftliche Lage unter der sozialistischen Regierung nicht verschlechtert, gab Romer zu. Nur habe sich die Methodik zur Berechnung des Rankings verändert.

Das sogenannte „Doing Business“-Ranking gilt als eine der wichtigsten Veröffentlichungen der Weltbank. Es beschreibt, wie attraktiv ein Land für Investitionen von Un-

ternehmern ist. Dabei geht es zum Beispiel darum, wie teuer und zeitintensiv es ist, ein Gewerbe anzumelden. Zuletzt lagen Neuseeland und Singapur dabei in Führung, Chile belegte Platz 55. Im Jahr 2014, also kurz vor dem Amtsantritt der Sozialistin Bachelet, stand das Land 21 Plätze weiter vorne. Damals war noch der Konservative Sebastián Piñera an der Macht.

Die Präsidentin zweifelt an der Glaubwürdigkeit des Kreditinstituts

Romer bedauerte, dass die Entscheidung politisch motiviert wirkt. Noch-Präsidentin Bachelet reagierte auf Twitter: Die Glaubwürdigkeit der Weltbank sei gefährdet, schrieb sie auf dem Kurznachrichtendienst. Rankings wie das zur Unternehmerfreundlichkeit müssten glaubwürdig sein. Bachelets Amtszeit endet im März – ihr Nachfolger wird ihr Vorgänger, der Konservative Sebastián Piñera. **BEEN**

Süddeutsche Zeitung, 16. Januar 2018

munisten die NM zu einer UP 2.0 machen wollen. Damals wie heute glaubt eine Mehrheit der Chilenen, dass der Putsch notwendig war um ein angeblich von der UP produziertes Chaos zu beenden. Daher mobilisieren solche Behauptungen vorhandene Ängste in der Bevölkerung. Ängste, sowohl vor einer zu radikalen Linken, wie auch vor der dann folgenden brutalen Diktatur.

king zur Wettbewerbsfähigkeit der Länder gezielt nach unten manipuliert worden waren. So geschah es während der zwei Regierungen Bachelets während sich die Zahlen unter Piñera wieder verbesserten.⁴

Daher machten viele Chilenen Bachelet für die schlechte ökonomische Situation verantwortlich. Das, obwohl sie tiefgreifende Reformen zu Gunsten

1– https://es.wikipedia.org/wiki/Caso_Caval

2– https://es.wikipedia.org/wiki/Marco_Enríquez-Ominami#Caso_SQM

3– <https://www.finanzen.net/rohstoffe/kupferpreis>

4– <https://www.elciudadano.cl/chile/indignacion-la-moneda-manipulacion-datos-del-banco-mundial-una-verdadera-estafa/01/13/>

der kleinen Leute umgesetzt hat. Unter anderem gehört dazu eine Bildungsreform, die das 2011 von der Studentenbewegung geforderte kostenlose Studium ermöglichen soll. Man darf aber nicht übersehen, dass alle diese Maßnahmen in die Logik des neoliberalen Systems eingepasst wurden. Das von der Diktatur eingeführte sozioökonomische System will oder kann man nicht verändern.

Wider Erwarten konnte das binominale Wahlrecht entschärft werden. In neu zugeschnittenen Stimmkreisen werden jetzt bis zu acht Abgeordnete gewählt. Damit haben jetzt mehr als zwei Allianzen die Chance auf Mandate. Auch das ist ein Grund für das Zerfallen der Nueva Mayoría, man ist nicht mehr so stark aufeinander angewiesen.

So hat sich die Christdemokratie aus diesem Bündnis verabschiedet. Als Grund wird eine Wendung nach links genannt. Doch auf diese moderate Kurskorrektur hatte man sich schon vor der letzten Wahl geeinigt. Konsequenterweise hätte sich diese Partei damals gar nicht erst an der NM beteiligen dürfen.

Die Zukunft wird zeigen welches die tatsächlichen Beweggründe für ihr Ausscheiden waren. Zur Auswahl steht eine Reaktion des antikommunistischen Flügels auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Schließlich war diese Bewegung in ihren Anfängen, nach den Worten des US-Amerikanischen Politologen Federico C. Gil, „ziemlich nazistisch verseucht“.⁵

Daneben können „Anregungen“ der deutschen Schwester den Schwenk veranlasst haben. Als der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier Chile besuchte, wollte er die Nueva Mayoría nicht beurteilen, auch enthielt er sich Ratschlägen für die Zukunft. Doch prophezeite er: „Sagen wir es Folgendermaßen: Das in Chile ist wie in meinem Land. Jede Partei versucht so viele Stimmen wie möglich zu erhalten, und das wird hier auch so bei den Wahlen sein.“ Und weiter: „Es

*ist eine Kombination sehr weit weg vom üblichen die es hier gibt, Chile ist etwas spezielles. Natürlicherweise ist es nicht der Normalfall das Christdemokraten und Kommunisten zusammenarbeiten.“*⁶

Der Grund für die linken Elemente im Programm der NM war die Studentenbewegung von 2011. Aus Bewegungen wie dieser speist sich die Frente Amplio (Breite Front). Für viele war deren gutes Abschneiden eine große Überraschung. Doch hatten das die Kommunalwahlen schon angekündigt. In Valparaíso konnte ein Zusammenschluss aus Bürgerinitiativen und außerparlamentarischen Gruppen der Rechten das Bürgermeisteramt entreissen.

Wer ist die Frente Amplio?

Sie repräsentiert die Strömung auf der linken Seite der chilenischen Gesellschaft, die zur Erreichung ihrer Ziele keine Kompromisse eingehen will. Während der Regierung von Salvador Allende stellten ihre Anhänger etwa die Hälfte der Mitglieder der Sozialistischen Beharren auf einer sofortigen sozialistischen Revolution bereiteten sie Allende große Schwierigkeiten. Notwendige Kompromisse mit der DC scheiterten. Das erleichterte der Rechten die Organisation des Militärputsches.

Aufgrund dieser Geschichte war sie nach 1990 von der Bildfläche verschwunden. Im Laufe der Zeit hob sie langsam wieder ihren Kopf. Durch die Studentenbewegung von 2011 strömten ihr wieder Massen zu. Darunter befanden sich auch einige ihrer jetzigen Anführer wie der Kopf des Movimiento Autonomista (MA), Gabriel Boric, oder der starke Mann von Revolución Democrática (RD), Giorgio Jackson.

Heute werden natürlich keine revolutionär-sozialistischen Positionen vertreten sondern das was in alternativen Milieus gerade populär ist. Im November zählte Wikipedia folgende

ideologische Bestandteile der FA auf: demokratischer Sozialismus, partizipative Demokratie, Marxismus, Progresismo⁷, ökologisches Gedankengut und Humanismus.⁸

Formal ist die FA ein Zusammenschluss von 14 Organisationen. Einige von ihnen wurden erst kürzlich gegründet, so der MA (2016), andere wie die RD (2012) gibt es schon etwas länger, während die Humanistische Partei (HP) im Widerstand gegen die Diktatur entstanden ist. Zu Revolución Democrática ist noch zu sagen, dass sie bei den Wahlen von 2013 durchaus auch Kandidaten der Nueva Mayoría unterstützte. Und bis zur Gründung der Frente Amplio arbeiteten führende Mitglieder der RD an entscheidenden Stellen im Erziehungsministerium mit.⁹

In den deutschen Medien wurde der FA das Etikett „links“ (junge Welt) oder sogar „linksradikal“ (Süddeutsche Zeitung) angeheftet. Das überrascht! Schließlich befindet sich in ihren Reihen auch die Liberale Partei (LP), ein Mitglied der Liberalen Internationale.¹⁰

Möglicherweise gehört das zu den üblichen Anlaufschwierigkeiten von sich neu formierenden Bewegungen. Dort mischen in der Regel auch Kräfte mit, die dort nichts zu suchen haben. Schließlich spricht sich RD, die stärkste Kraft der Frente Amplio, ganz klar gegen den Neoliberalismus aus. „Revolución Democrática wünscht die neoliberale Ordnung zu überwinden, die der Gesellschaft aufgezwungen wurde.“¹¹ Das verbietet eigentlich eine Zusammenarbeit mit Freunden der deutschen FDP. Doch in den Leitsätzen findet man auch das: „Das Ziel von Revolución Democrática ist die Ermächtigung der Bevölkerung.“¹² Das ist klassisches liberales Denken.

Daher ist die Integration der Liberalen in die FA aus deren Sicht durchaus sinnvoll. Sie können dort als Bremse wirken wie das die Christdemokraten ehemals in der Nueva Mayoría gemacht haben. Dieses Spiel starteten die Liberalen schon mit ihrem Beitritt. Sie haben ihn mit der Bedingung verbunden, dass sich die FA nicht nur als linker Pakt verstehen darf, „... weil sich sonst reformorientierte Sektoren der Mitte, wie wir, unwohl fühlen“.¹³

Der Gerechtigkeit halber muss man sagen, dass es einfach Spaß macht die Kritik aus den Reihen der FA an den chilenischen Zuständen zu lesen. Doch wie man sie verändern kann findet sich da nicht. Viel mehr als eine, eigentlich

5– El Sistema Politico de Chile. Santiago de Chile, 1967, S. 288

6– <http://www.economiaynegocios.cl/noticias/noticias.asp?id=285897>

7– Progressivismus bezeichnet intellektuelle Strömungen in Politik, Bildung, Sozialwesen und Kultur. Er ist vor allem mit der Geschichte der Vereinigten Staaten verknüpft, wo der Progressivismus im 19. Jahrhundert eine linksliberale Antwort auf die Industrialisierung und den sozialen Wandel war. Nach: <http://www.enzyklo.de/Begriff/Progressivismus>

8. [https://es.wikipedia.org/wiki/Frente_Amplio_\(Chile\)](https://es.wikipedia.org/wiki/Frente_Amplio_(Chile)) Zugriff am 21.11.2017

9. <http://www.latercera.com/noticia/el-desembarco-del-movimiento-revolucion-democratica-en-el-ministerio-de-educacion/>

10. https://de.wikipedia.org/wiki/Liberale_Internationale

11. <https://revoluciondemocratica.cl/definiciones-ideologicas/>

12. <https://revoluciondemocratica.cl/definiciones-ideologicas/>

notwendige, verfassungsgebende Versammlung ist nicht zu entdecken. Vor dieser verfassungsgebenden Versammlung verliert aber die Rechte nach diesem Wahlergebnis ihre Furcht. So wie die Abschaffung des binominalen Wahlrechts ihr nicht geschadet hat, könnte das mit einer neuen Verfassung ähnlich laufen. Ein demokratisch legitimates Dokument das weiterhin dem Neoliberalismus huldigt.

Die Präsidentschaftswahl

In diesem für altgediente Linke schwierigerem Umfeld wurde gewählt. Es kandidierten so viele Parteien und Bündnisse wie noch nie seit dem Ende der Diktatur. Über das Land verteilt gab es 17 Allianzen von denen aber nicht jede überall zu finden war.

Um die Präsidentschaft bewarben sich nur acht Kandidaten. Mit José Antonio Kast ein rechtsradikaler, homophober Rassist, der sich ausdrücklich zur Diktatur bekennt. Im Vergleich dazu präsentierte sich Piñera als Mann der Mitte, obwohl sein Bruder einst Minister Pinochets war. Dieser bewahrte ihn damals vor dem Gefängnis das ihm wegen Betrugs im Fall der Bank von Talca drohte.¹⁴

sein sollen die christdemokratische Bewerberin Carolina Goic klein zu halten. Gleichzeitig war er auch ein Angebot an die potenziellen Wähler der Frente Amplio. Hatte doch die RD vor vier Jahren seine Kandidatur zum Senat unterstützt.

Doch leider sprach seine Persönlichkeit gegen ihn. Viele haben ihm nicht abgenommen, dass er wirklich Präsident werden will. Sie waren auch nicht davon überzeugt, dass er dazu geeignet ist. In einer Kandidatenrunde soll die Interaktion zwischen ihm und Piñera der zwischen Angestelltem und seinem Chef geglichen haben. Das entspricht ihrer früheren Stellung zueinander. Guillier wurde als Moderator bei einem Fernsehsender von Piñera bekannt.

Die Frente Amplio ging mit der Journalistin Beatriz Sánchez ins Rennen und auch MEO hat wieder sein Glück versucht. Zwei weitere Kandidaten von linken Kleinstgruppen rangierten unter „ferner liefen“.

Im Wahlkampf spielten natürlich auch die Meinungsforscher eine Rolle. In der Tabelle 1 werden die Prognosen von GfK-Adimark¹⁵ und MORI-CERC¹⁶ mit den tatsächlichen Ergebnissen verglichen. Die letzte Umfrage von MORI-CERC, sie sah Piñera bei 44%, prägte die Erwartungen der Medien bezüglich des Wahlausgangs. Daher hielt es die Rech-

bei der Parlamentswahl stößt man auf interessante Unterschiede.

Bei letzterer gab es deutlich mehr ungünstige Stimmen. Über eine halbe Million Menschen wollte sich nur an der Präsidentschaftswahl beteiligen. Möglicherweise handelt es sich dabei um die Gefolgsleute des rechtsradikalen Bewerbers. Keine der antretenden Parteien lag auf seiner Linie. Das wird in vier Jahren wohl anders sein. Sein Potential dürfte für ein paar Mandate reichen und damit das rechte Lager möglicherweise entscheidend stärken.

Daneben sticht der große Unterschied bei den christdemokratischen Kandidaturen ins Auge. Die damalige Parteivorsitzende Goic konnte nur 2/3 der Wähler ihrer Liste für sich gewinnen. Darin spiegelt sich das Zerwürfnis im christdemokratischen Lager wieder. Soll man Teil der NM bleiben oder mit der Rechten paktieren? Wie die Zahlen des zweiten Wahlganges zeigen, hat der linke Flügel schon in der ersten Runde für Guillier gestimmt. Im Gegensatz zu den Kräfteverhältnissen an ihrer Basis hat die Partei nach einer lebhaften Diskussion ohne Einschränkungen öffentlichen zur Wahl Guilliers aufgerufen.

Nicht nur die Christdemokraten mussten für die Stichwahl eine Empfehlung abgeben. Der rechtsradikale Aspirant erklärte ohne Wenn und Aber seine Unterstützung für Piñera und bot seine Mitarbeit in dessen Wahlkampfstab an. Dort wurde er sofort mit offenen Armen aufgenommen.

Aus vergangenen Wahlen schlau geworden, verzichtete MEO auf die Wiederholung seines Eiertanzes und stellte sich sofort hinter Guillier. Der Eiertanz beinhaltete die Aufforderung an seine Wähler bei der Stichwahl wählen zu gehen, verbunden mit der Bitte nicht für den rechten Bewerber zu stimmen. Doch der daraus folgenden Konsequenz, sich für die Wahl des Kandidaten der Mitte auszusprechen, ging er aus dem Weg.

Dieses Verhalten legte nun die Frente Amplio an den Tag. Als Bündnis agierte sie wie vormalis MEO. Doch der Öffentlichkeit präsentierten ihre führenden Vertreter ein dissonantes Konzert. Nach einer langen Zeit der Weigerung, sich

Tabelle 1	Vergleich Prognosen – Wahlergebnis			
Institut	MORI-CERC	GfK-Adimark	MORI-CERC	Präsidentschaftswahl
Zeitpunkt	Juni	Juli	September	19. November 2017
Kandidat	in %	in %	in %	in %
Piñera	26	32	44	36,6
Guiller	18	16	30	22,7
Sánchez	10	17	11	20,3
Kast		1	2	7,9
Goic	5	1	8	5,9
MEO	2	1	4	5,7

Alle weiteren Bewerber standen mehr oder weniger links davon. Die verbliebenen Parteien der NM, jetzt nannten sie sich „La Fuerza de la Mayoría“ (Die Kraft der Mehrheit, FM) präsentierten den ehemaligen Fernsehmoderator und jetzigen Senator Alejandro Guillier. Politisch steht er den Radikalen nahe. Aufgrund der Zerwürfnisse im Bündnis ging er als Unabhängiger ins Rennen. Zu seinem Wahlkampfstab gehörten aber bekannte Politiker der Parteien der FM.

Unter strategischen Gesichtspunkten war Guillier eigentlich ein idealer Bewerber. Als Radikaler vertritt er ähnliche Positionen der Mitte wie die Christdemokraten. Damit hätte es möglich

te sogar für möglich, dass Piñera schon nach der ersten Runde gewählt ist.

Aufgrund der von den Prognosen geschürten Erwartungen waren alle über die tatsächlichen Ergebnisse sehr erstaunt.¹⁷ Besonders der Kandidatin der Frente Amplio hatte man keine 20,3% zugetraut. Vergleicht man die Zahlen der einzelnen Kandidaten mit den Resultaten der sie unterstützenden Listen

13. <http://www.aricamia.cl/partido-liberal-condiciona-participacion-en-el-frente-amplio/>

14. https://es.wikipedia.org/wiki/Sebastián_Piñera#Negocio_bancario_y_de_tarjetas_de_crédito

15. <https://www.adimark.cl/es/estudios/dinamica.asp?id=426>

16. <http://morichile.cl/wp-content/uploads/2017/10/INFORME-DE-PRENSA-BAROMETRO-POL-SET-20171.pdf>

17. Alle Ergebnisse nach <http://www.servelecciones.cl/> und den entsprechenden Seiten von <https://es.wikipedia.org>

überhaupt zu positionieren, erklärte Beatriz Sánchez, dass sie „persönlich“ Guillier unterstützen werde weil Piñera „ein Risiko für Chile ist“. Als Aufruf an ihre Wähler wollte sie das aber nicht verstanden wissen.

Die Liberale Partei überließ die Wahlentscheidung ihren Anhängern. Giorgio Jackson von Revolución Democrática erklärte: „Es wird sehr schwierig sein, dass die Wähler, die den Unterschied ausmachen um die zweite Runde zu gewinnen, von dem begeistert sind was Guillier heute beabsichtigt.“¹⁸ Das zeugt von einer großen politischen Naivität. Wie kann man von einem Kandidaten einen Schwenk nach links fordern, der Stimmen in der Mitte gewinnen muss.

Treffend wurde die Lage Guilliers von einem Kommentator einer bürgerlichen Zeitung beschrieben. Guillier gehe es wie einer Person die mit einer zu kurzen Decke im Bett liegt. Zieht sie sich die Decke über die Schultern friert es sie an den Füßen, deckt sie ihre Füße zu liegen die Schultern frei.

In einer solchen Situation müssen die Anführer von linken Bewegungen erklären, warum es wichtig ist das kleinere Übel zu wählen. In diesem Fall hätte das nicht so schwer sein sollen, schließlich hat die Studentenbewegung schon ihre Erfahrungen mit einer Regierung Piñera gemacht.

Je näher der Tag der Stichwahl kam, desto zahlreicher wurden in den Reihen der FA die erklärten Wähler von Guillier. Anscheinend konnten sie sich nicht dem Druck ihrer Basis entziehen. Doch das leitende Gremium korrigierte seine Wahlaussage nicht.

In dieser Zeit forderte Radio Nuevo Mundo, ein der KP nahestehender Sender, seine Hörer auf, unbedingt wählen zu gehen. Sollte jemand nicht mehr an dem Ort wohnen, an dem die Person registriert ist, muss er oder sie dorthin reisen. So wichtig ist die anstehende Abstimmung, um das politische Erbe Bachelets zu verteidigen. Diese Aufgabe wird nun den sozialen Bewegungen zukommen. Wir werden sehen wie erfolgreich sie dabei sein werden.

Der Sieg Piñeras

In der Stichwahl triumphierte Piñera. Er konnte bei einer etwas höheren Wahlbeteiligung 54,6% der Stimmen

verbuchen. Addiert man die Ergebnisse der linken Kandidaten aus dem 1. Wahlgang und vergleicht sie mit dem jetzigen Resultat von Guillier fehlen gut 100.000 Stimmen. Das heißt, dass viele linke Wähler der ersten Runde zu Hause geblieben sind. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um Anhänger der Frente Amplio, doch ihre Teilnahme hätte Guillier auch nicht geholfen.

Piñera, Kast und Goic haben im ersten Wahlgang zusammen über 3,3 Millionen Stimmen erhalten, das waren fast 60.000 mehr als die Summe der linken Kandidaten. Zusätzlich konnte Piñera nun über 330.000 „neue“ Stimmen gewinnen, eine Folge der gestiegenen Wahlbeteiligung. Da wir nicht wissen, wie viele Wähler von Goic dem christdemokratischen Wahlauftrag gefolgt sind wird die Zahl der „neuen“ Wähler wohl beträchtlich höher gewesen sein.

Daraus lässt sich schließen, dass für immer mehr Menschen die politische Auseinandersetzung zwischen Volkstribunen ausgetragen wird. Steht eine einfache Entscheidung zwischen zwei Personen an, geht man wählen. Handelt es sich um eine verwirrende Vielfalt von verschachtelten Kandidaturen, bleibt man zu Hause.

Die Rechte als Profiteur des neuen Wahlrechts

Die Rechte erzielte bei der Parlamentswahl 72 Mandate was 46,5% der Abgeordneten entspricht. Ihre Liste hat aber nur 38,7% der Stimmen erhalten. Dagegen brachten ihr die 36,2% die sie vor vier Jahren erzielte nur 40,8% der Abgeordneten. Damals stand ihr zum ersten Mal die breite Einheitsliste gegenüber die ihre 47,7% in einen Anteil von 55,8% der Mandate übersetzen konnte.

Diese Zusammenarbeit ist dahin. Jetzt holten ihre Bestandteile, zusammengerechnet, ein etwas besseres Ergebnis (51,2%), das reichte aber nur für 49,6% der Abgeordneten. Im folgenden die Werte für die Einzelnen Listen: Die FM holte 24% der Stimmen was zu 43 Abgeordneten führte und einem Anteil von 27,7% der Mandate entspricht. Hier ist die Sozialistische Partei mit 19 Vertretern am stärksten. Für die FA lauten diese Werte 16,5% / 20 / 12,9% und für die Christdemokraten 10,7% / 14 / 9%.

Der Senat setzt sich aus 19 Vertretern der Rechten, 15 der FM, sechs der DC, einem der FA und zwei Unabhängigen zusammen. Die schwache Vertretung der FA ist die Folge der nur teilweisen Erneuerung dieses Gremiums, sowie der Spaltung der Linken. Das sieht man ganz gut in Arica. Dort kommt die FA auf 18,9% und die NM auf 31,7%, zusammen sind das 50,6%. Die Rechte erzielt nur 25%. Nach dem binominalen Wahlrecht gehen beide Mandate an die Liste die doppelt so viele Wähler auf sich vereinigt wie die zweitplatzierte. Ein Bündnis von FA und NM hätte sich die Mandate geteilt, so geht ein Mandat an die Rechte.

Das Abschneiden der Kommunisten

Für die KP ist das Ergebnis durchgewachsen. Ein Ziel war die Steigerung der Stimmen bei der Parlamentswahl. Das ist mit einer Steigerung um knapp 20.000 auf jetzt 275.000 (4,6%) gelungen. Die damit verbundene Hoffnung auf eine Stärkung der Fraktion aber nur teilweise. Sie ist zwar von sechs auf acht Abgeordnete gewachsen, daraus ergibt sich aber kein größerer politischer Einfluss. Mit der Wahlrechtsreform wurde das Parlament vergrößert so dass die zahlenmäßige Zunahme der Fraktion recht genau der größeren Volksvertretung entspricht. Die dazu gewonnenen Sitze hat man im übrigen Camila Vallejo und Karol Cariola zu verdanken. Sie erhielten so viele persönliche Stimmen, dass sie damit jeweils einem weiteren Genossen zu einem Mandat verhalfen.

Ein weiteres Ziel war der Wiedereinzug in den Senat. Seit dem Militärputsch sind die Kommunisten dort nicht mehr vertreten. Aufgrund einer Absprache mit den Sozialisten machte man sich da Hoffnungen. Doch scheinbar haben viele Sozialisten lieber für eine linke Christdemokratin gestimmt.

Bei den Wahlen zu den Regionalräten konnte die KP ihre Mandate verteidigen doch hat sie hier fast 15.000 Stimmen verloren. Landesweit erzielt sie mit 4,65% ein ähnliches Ergebnis wie bei der Parlamentswahl. Alles zusammen genommen ist das kommunistische Ergebnis stabil. Das ist erfreulich da mit der FA ein nicht unattraktiver Wettbewerber aufs Spielfeld gekommen ist.

Emil Berger

18—<http://www2.latercera.com/noticia/giorgio-jackson-antipinerismo-no-le-basta-guillier-ganar-balotaje>

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“, Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org